

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettizelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 43.

Dienstag, den 20. Februar 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Herr Riederlen-Wächter in der Klemme.

Vor einem Monat stellte die sozialdemokratische Presse auf Grund der Aussagen des Verlegers der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, Dr. Reismann-Grone, die in dem Essener Grenzbotenprozess am 19. Januar gemacht worden sind, an das Auswärtige Amt die Aufforderung, es solle aufklären:

1. Ob es wahr ist, daß das Auswärtige Amt durch falsche Darstellung seiner Marokkopläne die alldeutsche Kriegshege selbst organisiert oder unterstützt hat.

2. Ob es wahr ist, daß deutsche Firmen in Marokko von der Regierung veranlaßt worden sind, Hilfe zu leisten nach Berlin zu senden.

3. Ob es wahr ist, daß die Regierung Lockspitzel nach Marokko geschickt hat, was der Unterstaatssekretär Zimmermann dem Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes Dr. Claf am 1. Juli 1911 gesagt haben sollte.

Vier Wochen schweigend die Regierung über die Aussagen des Dr. Reismann-Grone und die Forderungen der sozialdemokratischen Presse aus. Und erst als Genosse Ledebour Sonnabend von der Reichstags-Tribüne diese alldeutschen Behauptungen aufgriff und, ohne sie zu den seinigen zu machen, in energischer Weise Aufklärung forderte, erschien Herr Riederlen-Wächter und stammelte einiges Zeug, das sehr geeignet ist, die Behauptung der Alldeutschen noch wahrscheinlicher zu machen.

Was die erste Anfrage anbetrifft, so leugnet zwar Herr Riederlen-Wächter, daß er bei den Alldeutschen Hoffnungen auf Besitzergreifung in Marokko geweckt hätte, aber seinem Leugnen folgt auf dem Fuße die Erklärung des Ausschusses des Alldeutschen Verbandes — sie erschien Sonntag in der „Post“ — daß die Riederlenschen Behauptungen „in den entscheidenden Punkten den Tatsachen nicht entsprechen.“ Angesichts dessen ist es Sache des Reichstages, dem Staatssekretär klar zu machen, daß, wenn er es auch mit seiner Ehre vereinbar hält, den Vorwurf der Lüge auf sich sitzen zu lassen, die Sache damit bei weitem noch nicht beendet ist, weil außer den persönlichen Interessen des Staatssekretärs hier noch Wichtigeres berührt wird: das Interesse des Volkes an der Klärung der Frage, was hinter den Kulissen des Auswärtigen Amtes eigentlich vorgeht.

Was aber Herr Riederlen-Wächter nicht leugnen konnte, ist die Tatsache, daß er mit Hilfe der Alldeutschen eine patriotische Hege organisiert hatte, als die Kongoverhandlungen, dank der chauvinistischen Stimmung in Frankreich ins Stocken geraten waren. Herr Riederlen-Wächter hält es für kein Verbrechen, in einer gespannten Lage die nationalistische Meute loszulassen. Aber die deutsche Arbeiterklasse ist darüber anderer Meinung: sie nennt das ein Spielchen mit dem Feuer. Jedenfalls aber zeigt dieses Eingeständnis des Staatssekretärs, daß das Geschimpfe Bethmann-Hollwegs gegen die konservativen Patrioten mit dem Schwerte im Munde nur das Geschrei des Hegers war, dem die eigene Meute auf Pfiff nicht an die Leine zurückkehren will.

Auf die zweite Frage, ob es wahr ist, daß das Auswärtige Amt die deutschen Kapitalisten in Marokko geweckt hat, damit sie Hilfe leisten, auf die es sich später zur Erklärung der Notwendigkeit der Agadirfahrt berief, antwortet Herr Riederlen-Wächter überhaupt nicht. Damit gibt er zu, sich solcher Manöver bedient zu haben, was sich das deutsche Volk nottoter muß für den Fall, wenn wieder einmal aus irgend welchem Weltteil Hilfe rufe der deutschen „bedrängten“ Kapitalisten erschallen.

Am kürzesten hielt sich Herr Riederlen-Wächter bei der wichtigsten der Anfragen auf: ob er wirklich Lockspitzel nach Marokko geschickt habe. Er glaubte über diese Anklage mit der Miene einer unschuldigen Maid aus dem schwäbischen Lande, mit der Geste eines spanischen Granden und dem Gestammel eines überraschten „Gentleman“ zur Tagesordnung übergehen zu können. „Ich will nicht zurückweichen — sagte er nach dem Bericht der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ — daß wir Lockspitzel nach Agadir geschickt hatten.“ Was die da hätten tun sollen, weiß ich nicht. Ich weise solche Vorwürfe gar nicht weiter zurück, sondern gehe darüber zur Tagesordnung über.

Aber diese lendenlahme Erklärung des Herrn Riederlen-Wächter wird das deutsche Volk nicht eher zur Tagesord-

nung übergehen, bis Herr Riederlen-Wächter den Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes vor Gericht nötigt, seine Behauptungen zu verleugnen. Der Staatssekretär behauptet weiter:

„Jrgend eine Äußerung, wie sie in dem Prozeß vorkam, von „Spizel“ usw. ist — das möchte ich hier ausdrücklich betonen — nicht von dem Herrn, mit dem ich gesprochen habe, gekommen, sondern die mag von irgend einem Dritten gekommen sein.“

Dieses Gestammel kann nur den Sinn haben:

1. Ich habe Herrn Claf nichts von den Spizeln gesagt,

2. Herr Claf behauptet das nicht.

Demgegenüber sei festgestellt, daß niemals behauptet worden ist, daß die Äußerung über die Spizel von Riederlen-Wächter stammen sollte. Reismann-Grone hat ausdrücklich den Unterstaatssekretär Zimmermann genannt. Die Ablehnung Riederlen-Wächters ist also ein Ablenkungsmanöver. Zweitens ist es unwahr, daß die Behauptung nicht von Claf komme. Reismann-Grone hat sich vor dem Essener Gericht auf Claf direkt berufen, seine Vernehmung gefordert, und Claf Erklärung zum Essener Prozeß, die in den Alldeutschen Blättern vom 3. Febr. steht, ist eine indirekte Bestätigung dieser Aussage. Denn Claf will aus „vaterländischem Interesse“ Zurückhaltung üben, „es sei denn, daß unvorhergesehene Vorgänge ein Abweichen hiervon zwingend notwendig machen oder daß eines der mit den Kleinow-Prozessen befaßten Gerichte mir auferlegt, in Erfüllung der allgemeinen staatsbürgerlichen Zeugenpflicht über jene Vorgänge auszusagen.“

Dies ist eine indirekte Bestätigung der Aussagen von Reismann-Grone, es sei denn, daß Herr Riederlen-Wächter dem Reichstag klarmachen will, Claf nehme an, das „vaterländische Interesse“ fordere es, daß ein falscher Glaube an die Provokationspolitik der Regierung sich im Volke festsetzt. . . . Aber diese Behauptung würde wohl selbst Herrn Riederlen-Wächter schwer fallen.

Die Regierung hat nichts aufgeklärt. Ihre Ausreden beweisen nur, daß es eine faule Sache ist, die sie zu verdecken sucht. Solange sie die dunklen Vorgänge nicht aufklärt, wird sie sich gefallen lassen müssen, daß wir vor dem Volke die Anklage erheben, sie habe eine Provokationspolitik in Marokko getrieben, wie sie Rußland in Persien treibt, und sie habe eine Kriegshege organisiert. Will die Regierung trotzdem schweigen, uns kann es recht sein. Wer in solchen Sachen schweigt, der be-tätigt.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Unverbesserlich.

Der Reichskanzler hat am Schluß der gestrigen Sitzung noch einmal das Wort ergriffen, aber auch seine neuesten Erklärungen unterschieden sich weder im Tonfall noch im Inhalt von seinen ersten Bekenntnissen zur inneren Politik. Das brachte er sofort zum Ausdruck, als er an seinem vermeintlichen Recht festhielt, sich in die Frage der Präsidentschaft einzumengen. In dieser verhängnisvollen Selbsttäuschung hatte ihn zuvor allerdings der nationalliberale Redner, der Abg. Paasche, bestärken können, als er die Kritik des Kanzlers an einer durchaus inneren Angelegenheit geschäftlicher Ordnung des Hauses mit der Kritik der Parteien an der Berufung von Ministern, die doch ein eminent politischer Akt ist, auf eine Stufe stellte. Aber auch in seiner ganzen Wertung der politischen Situation ist Herr von Bethmann-Hollweg unverbesserlich geblieben. Er ließ wiederum seine Rede in den Schluß münden, daß sich die Nationalliberalen doch an die Rechte angliedern möchten. Diese mit bebender Stimme vorgebrachte väterliche Ermahnung, die in parlamentarischen Staaten einen Staatsmann unrettbar lächerlich machen würde, fand allerdings nur den Beifall des Abgeordneten Arendt. Um den Riß zwischen den Nationalliberalen und der Rechten möglichst zu verkleistern, ließ der Reichskanzler die Erbschaftsteuer halb und halb in die Verlenkung wieder verschwinden, die Erbschaftsteuer, von der Sonnabend der Schatzsekretär noch gesagt hatte, daß ohne sie an eine dauernde Sanierung der Finanzen nicht zu denken wäre. Gestern meinte der Reichskanzler weinerlich, er oder der Schatzsekretär hätten von der Erbschaftsteuer überhaupt nicht angefangen, das hätten die anderen getan. Er wolle nur volle Freiheit in der Deckungsfrage haben. Das Haus möchte doch erst einmal die Einbringung der Erbschaftsteuer abwarten. Die gestrige Rede des Kanzlers konnte das Bild politischer Hilflosigkeit nur verstärken, das er besonders jetzt, nach dem Ausfall der Wahlen, macht. Eingeleitet wurde die

Sitzung durch eine höchst unbeträchtliche Rede des konservativen Gans-Elden zu Buttk. Pöblich war nur die Aufrichtigkeit, mit der er die Aufrechterhaltung der Branntweinliebesgabe als eine Zentralforderung seiner Partei bezeichnete. Den Schluß der Sitzung bildete eine Rede des freisinnigen Abg. Gothern, der treffende Worte gegen die Agrarier fand, die Einmischung des Reichskanzlers in die Präsidentschaftsfrage energisch zurückwies und mit der Forderung nach einem parlamentarischen Regierungssystem für Deutschland schloß. In persönlichen Bemerkungen wurden dann die Verhandlungen zwischen den Fraktionen bei der Präsidentschaftswahl erörtert. Bebel machte dabei ein Ende mit der nationalliberalen Legende, daß der sozialdemokratische Vizepräsident eventuell bereit sei, das Kaiserhoch auszubringen. — Heute geht die Debatte weiter.

Eine Reminiscenz.

Der Reichskanzler hat sich am Freitag in der Rede, die er im Reichstag hielt, die Freiheit herausgenommen, in ziemlich scharfer Weise daran Kritik zu üben, daß Genosse Scheidemann zum Vizepräsidenten des Reichstages gewählt worden ist. Nicht nur in der sozialdemokratischen, sondern auch in der liberalen Presse ist mehrfach darauf hingewiesen worden, daß dem Reichskanzler ein Recht, in dieser Weise über die internsten Angelegenheiten des Reichstages zu urteilen, keineswegs zu stand und daß ein Beamter, der in dieser Weise auftritt, gegen die Ordnung und gegen die guten Sitten des Hauses verstößt. Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß als Genosse Scheidemann am 30. November 1905 im Reichstag den damaligen preussischen Landwirtschaftsminister von Bobbielski etwas unlanft angriff, der Angegriffene die Rede des Genossen Scheidemann, soweit sie auf ihn sich bezog, als Gemäch bezeichnet hat. Damals griff der Präsident des Reichstages, Graf Balkeström ein, indem er erklärte:

„Das Mitglied des Bundesrates, königlich preussischer Landwirtschaftsminister v. Bobbielski, hat in der Beantwortung der Interpellation gegenüber dem Begründer der Interpellation nach dem mir vorliegenden stenographischen Bericht gesagt, daß sich der Abgeordnete Scheidemann „zum Sprachrohr all des Gemächs gemacht hat, das über meine Person in der Presse verbreitet ist.“ Eine solche Äußerung eines Mitgliedes des Bundesrates gegenüber einem Mitgliede des Hauses entspricht nicht der Ordnung des Hauses.“

Es wäre ohne Zweifel ganz am Platze gewesen, wenn der Präsident des jetzigen Reichstages, Herr Raempf, die Angriffe, die der Reichskanzler gegen Scheidemann in seiner Eigenschaft als Vizepräsident erhob, in der nachdrücklichsten Weise zurückgewiesen hätte. Die Entscheidung darüber, wer ins Präsidium des Reichstages berufen werden soll, steht nur dem Reichstag selbst zu. Der Reichskanzler hat kein Recht, sich in einer internen Angelegenheit des Reichstages als Zensor aufzuspielen. Was diesmal der Sozialdemokratie passierte, das kann in anderem Zeitraum jeder anderen Partei passieren und schon deshalb ist eine scharfe Zurechtweisung des Kanzlers eine dringende Notwendigkeit.

Zentrumsanträge im Reichstage.

Das Zentrum hat zwei Gesetzentwürfe eingebracht, der eine betrifft die Freiheit der Religionsübung, der andere die Einführung von Arbeitskammern. Ferner beantragt das Zentrum die Errichtung eines Staatsgerichtshofes, zu dessen Zuständigkeit folgende Gegenstände gehören sollen:

1. Streitigkeiten zwischen dem Reiche und einem Bundesstaate oder zwischen verschiedenen Bundesstaaten über öffentlich-rechtliche Befugnisse;
2. Streitigkeiten über die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und seiner gesetzlichen Stellvertreter;
3. Verfassungsstreitigkeiten sowie Streitigkeiten über Chronfolge, Regierungsfähigkeit und Regenschaft in solchen Bundesstaaten, in deren Verfassung nicht eine andere Behörde zur Entscheidung dieser Streitigkeiten bestimmt ist;
4. Beschwerden wegen Verweigerung oder Hemmung der Rechtspflege in einem Bundesstaat.

Eine neue Kanzleiordnung.

Im Einvernehmen mit der preussischen Regierung hat die Reichsregierung eine neue Kanzleiordnung entworfen, die nun zunächst einmal praktisch erprobt werden soll. Dieses Vorgehen darf wohl zurückzuführen sein auf Anregungen, die mehrmals in der Budgetkommission des Reichstages gemacht worden sind. Dort wurde unter Bezeichnung bestimmter Ressorts mitgeteilt, daß höhere Beamte mitunter um elf Uhr vormittags noch nicht im Bureau anwesend und daß sie um zwei Uhr nachmittags bereits wieder fort sind. Daß auch sonst der ganze Betrieb

Außerst kostspielig ist, das konnte auch von den Vertretern der Regierung nicht bestritten werden. Die Budgetkommission des Reichstages wird wohl nicht unterlassen, zu verlangen, daß ihr dieser Entwurf mindestens zur Kenntnisnahme vorgelegt wird.

### Kaiser und Reichstagspräsidium.

Die Ablehnung des Kaisers, das Rumpfpräsidium des Reichstages zu empfangen, erschien im ersten Augenblick als rein höfliche Angelegenheit und wurde von den Zeitungen auch als solche aufgefaßt. Eine offiziöse Meldung des Wolffschen Telegraphenbureaus stempelt nunmehr die Absage des Kaisers zu einer politischen Handlung. Die Wolff-Meldung besagt:

„Bisher pflegte das ganze Präsidium des Reichstages, nachdem die Konstituierung desselben schriftlich durch den Präsidenten dem Kaiser angemeldet war, eine Audienz bei Seiner Majestät nachzusuchen. Der dann regelmäßig gewährte Empfang galt dem Präsidium in seiner Gesamtheit, nicht den einzelnen Personen, die ihm angehören. Wie wir erfahren, hat sich diesmal die Anfrage beim Oberhofmarschallamt wegen des Empfanges bei Seiner Majestät nur auf den Präsidenten und den zweiten Vizepräsidenten des Reichstages bezogen. Darauf ist die Antwort ergangen, daß Seine Majestät bestenfalls danken lasse und verhindert sei, die Herren zu empfangen. Diese Antwort wurde auf den Vorschlag des Reichskanzlers gegeben, der dem Kaiser nicht empfehlen konnte, der Abweichung von der gewohnten Regel zu folgen und sie damit gutzuheißen.“

Die Präsidialgeschichte entwickelt sich durch das Eingreifen Bethmann-Hollwegs immer mehr zur Komödie. Er begnügt sich nicht damit, den Reichstag abzukanzeln wegen seiner Wahl, er veranlaßt den Kaiser auch noch durch Ablehnung der Audienz, die guten Patrioten zu strafen. Soviel geht nun aber wenigstens aus dem Verlauf der Präsidialwirren hervor, daß die persönliche Meldung des Präsidiums beim Kaiser ein rein höfischer Akt ist und mit den verfassungsmäßigen und geschäftsmäßigen Pflichten des Reichstagspräsidiums nichts zu tun hat.

Dieser Auffassung schließen sich jetzt endlich auch bürgerliche Politiker an. Der „Lokal-Anzeiger“ hat die Meinung verschiedener Abgeordneter über die kaiserliche Absage eingeholt und veröffentlicht sie in der Montagsausgabe.

Dr. Paasche erklärte:

„Die Angelegenheit ist lediglich privater Natur. Der Präsident hat nur die Pflicht, dem Kaiser die Konstituierung des Reichstages anzuzeigen; das ist geschehen, und zwar, wie vor geschrieben auf schriftlichem Wege. Der Besuch beim Kaiser hat lediglich höfischen Charakter. Die ganze Angelegenheit ist natürlich sehr peinlich. Politisch ist sie ohne jede Bedeutung. Sie wird nur die Folge haben, daß man bei der nächsten Wahl des Reichstagspräsidiums vorher beim Kaiser anfragen lassen wird, ob er die Gewählten empfangen will. Erst dann werden sie ihre Karten beim Hofmarschallamt abgeben.“

In gleichem Sinne äußerte sich Abg. Fischbeck von der Fortschrittlichen Volkspartei:

„Die ganze Angelegenheit ist lediglich Privatsache des Kaisers; sie hat weder parlamentarisch noch politisch irgendwelche Bedeutung; es ist eine Formenangelegenheit, die nur das Oberhofmarschallamt angeht. Es wäre töricht, zu glauben, daß das jeweilige Präsidium sein Amt niederlegt, weil der Kaiser die beiden Präsidenten nicht empfangen will.“

Posadowsky bemüht sich, die Bethmann-Kaiserliche Haltung zu rechtfertigen, er sagt:

„Das angemeldete Reichstagspräsidium war unvollständig. Diese Unvollständigkeit des Präsidiums entspringe der antimonarchischen Auffassung der Sozialdemokratie. Seine Majestät würde demgemäß durch den Empfang dieses unvollständigen Präsidiums den Ausdruck einer antimonarchischen Kundgebung unmitteibar entgegengenommen haben. Zur Vermeidung dieser Schwierigkeiten würde es sich unter den gegebenen Verhältnissen vielleicht empfohlen haben, daß sich nur der Präsident des Reichstages zum Empfang gemeldet hätte, was mit dem Wortlaut des § 12 der Geschäftsordnung durchaus im Einklang gestanden haben würde.“

Den Beschluß der Experten des Scheriblattes bildet der Allerweitschwäger Erzberger, der natürlich — er hat ja gegenwärtig noch schwarzblau zu schreiben — durch ein endloses Geschwafel Bethmann zu rechtfertigen sucht. Es lotet sich nicht, auf das ebenso dumme wie gelippte Geschwafel einzugehen.

Die Berliner politische Presse beschäftigt sich in ihren Abendausgaben vom Montag naturgemäß ziemlich eingehend mit der Ablehnung des Kaisers, die beiden freisinnigen Präsidenten zu empfangen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ drückt die bereits durch das Wolff-Bureau verbreitete Mitteilung ab, wonach die ablehnende Antwort auf Vorschlag des Reichskanzlers erfolgt ist, weil eine Abweichung von der gewohnten Regel nicht gutzuheißen war. Aus den Aufzeichnungen der Blätter seien folgende registriert:

„Berliner Volkszeitung“:

„Ein Reichstagspräsidium, dem eine nachgesuchte Audienz“ abgelehnt werden kann, sollte im Interesse des Reichstages Vorzorge treffen, daß sich ein solcher Vorgang nicht wiederholt. Vielleicht hat die diesmalige Verhinderung des Kaisers den Erfolg, daß der Reichstag den empfehlenswerten Bruch mit einem auf Schwierigkeiten beruhenden Gebrauch mit gebotener Gelassenheit vollzieht, nachdem das Parlament vom Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg die erste dankenswerte, wenn auch indirekte Anregung zu diesem Schritte erhalten hat.“

„Folgende Zeitung“: Einweisen wird man annehmen, daß das Verfahren des Herrn v. Bethmann-Hollweg geeigneter ist, die Widerwahl zu fördern, als sie zu verhindern. Der Entschluß des Reichskanzlers richtet sich gegen die Nationalliberalen nicht weniger als gegen die Fortschrittspartei, und wenn etwas dazu angetan war, etwa schwankenden und wankenden Nationalliberalen das Rückgrat zu reißen, so das Verhalten des Herrn v. Beth-

mann-Hollweg. Wollten sie jetzt mit Herrn Erzberger und Herrn v. Heydebrand paktieren, es wäre der sichere Beginn der Auflösung der Partei.

„Post“: Es ist selbstverständlich Privatsache des Kaisers, zu empfangen, wen er will; daß man hier jedoch nicht zu einem faulen Kompromiß gegriffen, sondern unabweislich zu erkennen gegeben hat, wie wenig man mit einem Präsidium von dieser Zusammensetzung zu tun haben will, zeugt von einer Festigkeit, die nach manchem früher Erlebten doppelt angenehm berührt.

„Berliner Neueste Nachrichten“: Man wird es dem Reichskanzler nur Dank wissen können, daß er Sr. Majestät den Rat erteilt hat, das Rumpfpräsidium nicht zu empfangen. Wir können in dieser Hinsicht nur dem Grafen Poladowsky zustimmen.

„Germania“: Die Herren Kaempf und Dove haben kein Bedenken getragen, neben dem Herrn Scheidemann, der die hergebrachten höflichen Verpflichtungen ablehnte, einen Platz im Präsidium einzunehmen, sie haben nun auch die Konsequenzen zu tragen. Der „Genosse“ Scheidemann, der sich einer seit Bestehen des Reichstages geübten Pflicht der Mitglieder des Reichstagspräsidiums entzieht und trotzdem im Präsidium bleiben will, nimmt damit für sich und seine sozialdemokratischen Gesinnungsgenossen eine Sonderstellung in Anspruch, das Privilegium einer Befreiung von hergebrachten Verpflichtungen, denen sich bis jetzt noch kein Mitglied eines Reichstagspräsidiums entzogen hat. Der Kaiser hat demnach dem Vorschlag des Reichskanzlers entsprechend mit der Verweigerung der Audienz durchaus richtig und konsequent gehandelt.

„Märkische Volkszeitung“: In parlamentarischen Kreisen war man sich von vornherein darüber klar, daß der Kaiser Mitglieder eines Präsidiums nicht empfangen werde, dessen Zusammensetzung als eine beachtliche Verletzung des Kaisers angesehen werden kann.

Was gibt es doch für kindische Leute, die sich Politiker schimpfen.

### Neuer Wahlrechtskampf und Polizeiattaken in Braunschweig.

In neun stark besuchten Versammlungen protestierte am Sonntag die Bevölkerung Braunschweigs gegen die neue Wahlrechtsvorlage, die die Dreiklassenschmach verewigen will. An derselben Stelle, wo vor zwei Jahren bei einer Wahlrechtsdemonstration ein Polizist mit seinem Säbel einem 63-jährigen Mütterchen das Gesicht zerstückte, machte die Polizei diesmal wieder einen Angriff auf heimkehrende Versammlungsbesucher. Mit Gummiknüppeln und Säbeln schlugen die Polizisten und Nachtwächter ohne die geringste Veranlassung auf das Publikum ein. Eine Menge Verhaftungen wurden vorgenommen. Weitere Protestversammlungen sind im ganzen Lande angelegt.

### Eine nationalliberale Kundgebung.

Der geschäftsführende Ausschuss der nationalliberalen Partei Württembergs hat sich in einer besonderen Sitzung mit den Vorgängen in der nationalliberalen Reichstagsfraktion bei der Präsidentenwahl beschäftigt und einstimmig beschlossen, er begrüße die Wiederwahl Bosermanns zum Vorsitzenden der Fraktion. Er stehe einmütig auf dem Standpunkt der Ablehnung einer Großblockpolitik und hoffe, es werde bei der endgültigen Wahl des Reichstagspräsidiums gelingen, ein Geschäftspräsidium zu bilden, in dem neben dem Liberalismus die stärksten Fraktionen des Reichstages vertreten sind. Sollte aber das Zentrum bei seiner bisherigen ablehnenden Haltung beharren, so wird der Ausschuss den Eintritt eines Nationalliberalen in ein mit der Linken zu bildendes Präsidium nicht beanstanden. — Dieser Beschluß steht in auffälligem Gegensatz zur Haltung des maßgebenden Organs der württembergischen Nationalliberalen, des „Schwäbischen Merkurs“, der mit großer Heftigkeit gegen die Zulassung eines Sozialdemokraten im Präsidium protestiert.

### Die Wasservorlage im preussischen Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus begann Montag die erste Lesung des Wassergesetzes. Bekanntlich handelt es sich darum, das Wasserrecht, für das bisher in Preußen 74 verschiedene Gesetze bestehen, endlich einheitlich zu regeln. Die Vorlage wurde von allen Seiten im Prinzip sympathisch aufgenommen, nur gegen Einzelheiten brachten die Redner aller Parteien Bedenken vor. Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte Genosse Leinert, daß seine Freunde es lieber gesehen hätten, wenn die Materie reichsgesetzlich geregelt würde. Im übrigen verlangte er eine genaue Abwägung der Rechte der Industrie und der Landwirtschaft, sowie der Rechte der Gemeinden und des Fiskus. Auch wandte er sich scharf gegen die stark hervortretende Fiskalität. — Dienstag wird die Beratung fortgesetzt. Im übrigen stehen Initiativanträge auf der Tagesordnung.

### Nationalliberale Grundgesetzlosigkeit.

Die nationalliberale Fraktion des sächsischen Landtages hat in einem Telegramm an Bosermann die Haltung der Reichstagsfraktion bei der Wahl des Präsidenten und des ersten Vizepräsidenten scharf gemißbilligt. Sie kann es nicht verstehen, daß die Nationalliberalen im Reichstage sich an der Bildung eines Reichstagspräsidiums auf der Grundlage des Großblocks beteiligten. Daß die sächsischen Nationalliberalen auch anders können, beweist der Umstand, daß in der zweiten sächsischen Kammer seit Anfang November 1911 ein ausgeprägtes Großblockpräsidium besteht. Ein Nationalliberaler ist erster Präsident, Vizepräsidenten sind ein Genosse und ein Freisinniger. Dabei erhielt der erste Präsident bei seiner Wahl ganze 35 Stimmen von insgesamt 91 Abgeordneten, weil ihn die Konservativen von vornherein und mit Absicht nicht wählten. Nach vollzogener Wahl des sozialdemokratischen ersten Vizepräsidenten Fräßdorf blieb der nationalliberale Präsident Vogel ruhig bis heute im Amte. Er und seine Fraktionskollegen haben bis zur Stunde an dem im Präsidium mit amtierenden sozialdemokratischen Vizepräsidenten keinerlei Anstoß genommen. Und als die Herren in das Präsidium miteintraten, da wußten sie vorher, daß der sozialdemokratische Vizepräsident nicht geneigt war, zum König zu gehen oder ein Hoch auf den König auszubringen.

Die Welt ist auch nicht eingeführt, im Gegenteil, die Maschine arbeitet mindestens so glatt wie vorher.

Und ausgerechnet diese nationalliberale Fraktion mit ihrem Kammerpräsidenten an der Spitze macht ihrer größeren Schwelmer Vorwürfe, daß sie nach ihrem Beispiel verfahren ist. Wirklich echt nationalmiserabel!

### Angst vor der Erbschaftsteuer.

In Blättern des Zentrums und der Konservativen kommt eine unverkennbare Angst zum Ausdruck, daß dem Reichstage die Erbschaftsteuer abermals zugehen werde. Namentlich ist es die „Deutsche Tageszeitung“, die alle Register zieht, um der Regierung klar zu machen, daß es in der Tat auf eine Brückierung des Reichstages hinauslaufen würde, noch einmal mit einer solchen Vorlage zu kommen. Staatssekretär Wermuth hat am Sonnabend ziemlich deutlich erklärt, daß die Vorlage trotz alledem wiederkommen werde, und er hat dabei nur bestritten, daß darin eine Brückierung des Reichstages erblickt werden könne. Die „Deutsche Tageszeitung“ findet dieses Vorgehen für durchaus unangehörlich, weil die Verbündeten der Regierung selbst noch nicht gesprochen haben. Die Vertreter der Reichsregierung müßten wissen, daß die Neueinbringung dieser Steuer die Klüft zwischen den bürgerlichen Parteien wieder aufs neue öffnen würde, und die Vertreter der Regierung hätten es in der Hand, diese Gefahr am leichtesten zu bannen, wenn sie auf die Einbringung dieser Vorlage verzichteten. Das agrarische Blatt verfolgt den Plan, die übrigen Mitglieder des Bundesrats gegen den Reichstagssekretär aufzuziehen, und in ihrer Not zitiert sie sogar den Geist Bismarcks, der in Wehrmachtsfragen keinen Spaß verstanden habe, auch dann nicht, wenn seine Finanzpolitik eine Niederlage erlitten habe.

Die „Germania“, die diese Frage auch berührt, verlangt in erster Linie von der Regierung eine Aufklärung der breiten Masse, die von einem gewissenlosen, infaumen Preßbanditentum verhöhlt worden sei.

### Schutztruppengesetz.

Das längst in Aussicht gestellte Schutztruppengesetz ist dem Reichstage nunmehr zugegangen. Das Gesetz regelt zunächst die Zusammenziehung der Schutztruppen und bestimmt in seinem § 3, daß Personen des Beurlaubtenstandes des Heeres und der Marine, die sich in den Schutzgebieten aufhalten, im Falle der Gefahr durch Kaiserliche Verordnung zur Verstärkung der Schutztruppe herangezogen werden können. In dringenden Fällen kann eine solche Verstärkung auch durch den Gouverneur des Schutzgebietes angeordnet werden. Durch eine Kaiserliche Verordnung wird bestimmt werden, unter welchen Voraussetzungen wehrpflichtige Reichsangehörige bei den Schutztruppen ihrer aktiven Dienstpflicht genügen oder Übungen ableisten können. Auch die Ausübung der militärischen Kontrolle über die Personen des Beurlaubtenstandes, die sich in Deutsch-Ostafrika oder Kamerun dauernd aufhalten, wird einer Kaiserlichen Verordnung vorbehalten. Militärische Reichsangehörige, die ihren dauernden Wohnsitz im Schutzgebiet haben, sind dort gestellungspflichtig und können mit ihrer Einwilligung zum Dienste bei der Schutztruppe eingezogen werden. Es wird ferner ein Beurlaubtenstand der Schutztruppe gebildet, in der gleichen Gliederung, wie sie im Deutschen Reich besteht. Der Entwurf regelt dann noch die Rechtsverhältnisse der Personen des Soldatenstandes in den Schutzgebieten und bestimmt, daß für die afrikanischen Schutzgebiete die Militärstrafgesetze und die Militärstrafgerichtsordnung des Deutschen Reiches entsprechende Anwendung finden. Auf die Farbigen treffen die Vorschriften dieses Gesetzes nicht zu.

### Norwegen.

Das neue Ministerium. Das neue norwegische Ministerium ist in folgender Zusammenlegung gebildet worden: Präsidium und Verteidigung, Frgens; Inneres, Professor Frederik Stang; Justiz, Enger; Landwirtschaft, Frederik Ronow; Finanzen, Lilledahl; Kultus, Lindwig; Handel, Braenne; Öffentliche Arbeiten.

### China.

Die erste Tat. Ein Manifest kündigt an, daß China die europäische Zeitrechnung annehmen und 1912 das erste Jahr der Republik sein wird. Yuanzhikai bereitet eine Mitteilung vor, durch die den Mächten seine Wahl zum Präsidenten notifiziert und die Anerkennung der Republik erbeten wird.

Die Revolutionäre, die von Fudsjadjan Besitz ergreifen wollten, erwiesen sich als Pseudo-Republikaner, die unter dem Vorwand der Einführung der Volksregierung die Kronelber an sich reißen wollten. Eine Abteilung chinesischer Truppen umzingelte das Regierungsgebäude in Fudsjadjan, um die Rebellen zu verhaften. Letztere weigerten sich, sich zu ergeben, und verwundeten zwei Soldaten. Sechs Rebellen wurden getötet, dreißig verhaftet und zum Tode verurteilt.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 20. Februar.

Achtung, Müller, und Mühlenarbeiter! Wegen Maßregelung eines Kollegen haben 20 Müller und Mühlenarbeiter der Grützmühle S. und J. Brüggel, Hafenstraße, die Arbeit eingestellt. Zugang ist streng fernzuhalten. Das Streikbureau der Mühlenarbeiter befindet sich im Gewerkschaftshaus, und ist von 9 bis 7 Uhr geöffnet.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, dem 26. Februar 1912, abends 6 Uhr, statt.

Der Bürgerausschuß beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Vorschlag über die Einnahmen und Ausgaben der Freien und Hansestadt Lübeck und Generalbudget der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten für das Rechnungsjahr 1912. Die Kommission zur Vorprüfung der vom Senate mittels Dekretes vom 17. und 20. Januar d. J. zur gutachtlichen Äußerung des Bürgerausschusses gestellten Vorlage, betreffend den Vorschlag über die Einnahmen und Ausgaben der Freien und Hansestadt Lübeck und das Generalbudget der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten für das Rechnungsjahr 1912 hat unter dem 12. Februar d. J. Bericht erstattet. Die Kommission bean-

trägt: Der Bürgerausschuß wolle die Senatsanträge unter Ziffer 1-3 gutachtlich zur Mitgenehmigung durch die Bürgerwehr empfehlen, jedoch mit folgenden Abänderungen des Entwurfes zum Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben der Freien und Hansestadt Lübeck: 1. Unter Art. 32 der Ausgaben, Steuerbehörde, III. Unterhaltung und Ergänzung des Bureauinventars, ist statt 1500 Mk. zu setzen: 500 Mk.; 2. unter Art. 40 der Ausgaben, Friedhofsbehörde, ist die Position III.3 Neubau eines Materialschuppens in der Gärtnerei auf dem allgemeinen Gottesacker 2000 Mk. zu streichen; 3. unter Art. 45 der Ausgaben, Wasserbau, ist im Entwurf zum Voranschlag der Baudeputation Art. G. Post. 72, Erneuerung des Belags auf dem Zugangssteg der Badeanstalt Falkendamm 1500 Mk. zu streichen; 4. unter Art. 47 der Ausgaben, Kanalhafen und Lübecker Lagerplätze am Kanal, ist im Entwurf zum Voranschlag der Baudeputation unter Tit. B. Unterhaltung und Betrieb, Post. 30, Straßen, Gleise und Lagerplätze, statt 7000 Mk. zu setzen: 4900 Mk.; 5. unter demselben Titel, Post. 32, Aufforstungen, ist statt 2000 Mk. zu setzen: 1000 Mk.; 6. unter Art. 74 der Ausgaben, Neues Stadttheater, Saalbau und Stadthallen, 1. Neues Stadttheater, 3 Fundus, sind für Neuananschaffungen statt 8000 Mk. 6000 Mk. und für Unterhaltung und Ergänzungen statt 4000 Mk. 3000 Mk. einzusetzen; 7. unter demselben Artikel, III. Saalbau, ist die Post. 2, Ausstattung des Saalbaues 7200 Mk. zu streichen. Bei der Verhandlung des Entwurfes zum Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben der Freien und Hansestadt Lübeck wurde die Erledigung des Art. 17 der Einnahmen, Einkommensteuer, bis an den Schluss der Beratung des Voranschlagsentwurfes ausgesetzt. Hierauf beantragte zu Art. 28 der Einnahmen, Ertrag der Hundesteuer: Der Bürgerausschuß ersucht den Senat, eine Revision des Gesetzes, betreffend die Hundesteuer, in Erwägung zu ziehen, insbesondere in der Richtung, daß das Halten eines zweiten und mehrerer Hundehunde einer erhöhten Steuer unterworfen wird. Der Bürgerausschuß beschloß dieses Ersuchen an den Senat zu richten: Der Beratung der Art. 33 und 34 der Einnahmen, Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke, sowie Schlachthöfeanlagen und Markthalle, wurde die Einnahmeseite des Voranschlags der Betriebsanstalten der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindefinanzen zugewandt und im Zusammenhang hiermit auch die Ausgabe Seite dieses Voranschlags verhandelt. Der von der Kommission in ihrem Bericht zur Ausarbeitung dieses Voranschlags gegebenen Anregung, die unter Tit. I. a der Kapitel I, II, III und IV A in einem Sammelposten aufgeführten Gehalte sämtlich nach den auf die festangestellten Beamten und die Hilfsarbeiter entfallenden Beträgen zu scheiden, wurde von den Senatskommissaren Vertikalisierung zugesagt. Nach Erledigung des Voranschlags der Betriebsanstalten wurde die Beratung des allgemeinen Voranschlags bei Art. 36 der Einnahmen wiederaufgenommen. Die Verhandlung des VIII. Abschnitts der Einnahmen, Baudeputation, wurde ebenfalls ausgesetzt. Nachdem im übrigen die Einnahmeseite des Voranschlags erledigt war, wurde die Beratung der Ausgaben auf eine am Dienstag, den 20. Februar, abends 6 Uhr abzuhaltende weitere außerordentliche Sitzung vertagt.

**Jahresbericht des Vorstandes der Heizer und Maschinen, Ortsverwaltung Lübeck über das Jahr 1911.** Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1911 70; aufgenommen wurden 6, übertreten von anderen Verbänden und 4, abgetreten 3 und ausgeschieden 5, so daß am Schlusse des Jahres eine Mitgliederzahl von 72 verblieb. Die Kassenerhältnisse gestalten sich folgendermaßen: Die Gesamteinnahme betrug 2867,33 Mk., die Ausgaben 2799,14 Mk.; es verblieb ein Kassensaldo von 168,19 Mk. Die Ausgaben setzen sich zusammen aus: Arbeitslosenunterstützung 194,16 Mk., Krankenunterstützung 942,97 Mk., Auslieferungunterstützung 29,32 Mk., außerordentliche Unterstützung 60 Mk., Sterbegeld 135 Mk., Votendöhne 176,45 Mk., Arbeitersekretariat und Gewerkschaftsartikel 72,80 Mk., Vorstandsentlohnung 50 Mk., Vorstand- und Kartellstützungen 17,50 Mk., Wahlfonds 49 Mk., für die ausgeschiedenen Tabakarbeiter 26 Mk., Reifeunterstützung 3 Mk., Annoncen 27,90 Mk., Konferenzen 30 Mk., Fahrtenversicherung 4,30 Mk., Porto und Schreibmaterialien 19,80 Mk., Diverses 10 Mk., an die Hauptkasse abgezahlt 712,26 Mk. Versammlungen fanden statt: 8 ordentliche, 2 außerordentliche und eine öffentliche. Versammlungen konnten wegen mangelnden Besuchs nicht abgehalten werden. Die durchschnittliche Besucherzahl betrug 19, die höchste 28, die niedrigste 13 Mitglieder. Referate wurden gehalten in 3 Versammlungen. Postfächer gingen ein 35 Briefe, 15 Postkarten, 12 Drucksachen, 26 Pakete. Aus gingen 30 Briefe, 20 Postkarten, 2 Drucksachen. Arbeitslos waren im Berichtsjahre 8 Kollegen insgesamt 122 Tage.

**Ein Schwinder.** Von der Streikleitung der Mühlenarbeiter wird uns berichtet: Am Freitag vormittag wurde von Streikposten ein Mann angehalten (oder vielmehr drängte der Mann sich ihnen auf), der angeblich aus Laibach in Österreich zu stammen und von Herrn Brüggen ein Schreiben bekommen zu haben, wonach er mit 10-15 Arbeitswilligen bei ihm in Arbeit treten könne. Er behauptete nun, von seinen 8 Arbeitskollegen (mehr hatte er nicht aufzählen können), da er der deutschen Sprache mächtig wäre und auch die hier übliche plattdeutsche Sprache verstehen könnte, vorausgeschickt zu sein, um Wohnungen zu besorgen. Da mehrere der Arbeitswilligen verheiratet seien und Kinder hätten, so würde es ihnen im Gaitshaus doch zu teuer; wenn er Wohnungen hätte, würden seine Kollegen auf ein Telegramm sofort folgen. Der gute Mann wurde zum Streikbureau gebracht und gab hier das gleiche an, sagte aber noch hinzu, daß Herr B. ihm nicht geschrieben hätte, daß gestreikt würde, und da er und seine Kollegen doch nicht als Streikbrecher arbeiten wollten, so wollte er von uns Rat holen, was nun geschehen sollte. Da ihm sein Geld auf der Reise ausgegangen sei, wäre er gezwungen, bei Brüggen die Arbeit anzunehmen, wenn wir ihm nicht die Heimreise und etwas Zehrgeld geben würden. Da uns der Mann gleich aufstiel und durch Kreuz- und Querfragen verdächtig erschien, so hielten wir ihn (der anfangs schon um 1 Uhr wieder reifen wollte, weil er sonst an der Grenze schlechte Verbindung hätte) mit guten Redensarten bis 3 1/2 Uhr, bis unser Vorsitzender kam, fest. Da auch diesem die Sache verdächtig vorkam, so wurde dem Mann gesagt, er solle sich das Reisegeld nur von Herrn B. holen, oder mit 15, unfernweg auch mit 50 Mann, bei B. die Arbeit antreten. Er äußerte sich dann, daß er nach Herrn B. hingehe, ist aber nicht hingegangen; jedenfalls handelt es sich um einen geriebenen Gauner. Da anzunehmen ist, daß er den Trick auch anderswo wiederholen wird, so möchten wir vor diesem Menschen warnen; er war von mittlerer Statur, trug einen blonden, ziemlich starken Schnurrbart; der eine Augapfel war größer wie der andere, sprach ziemlich gut deutsch. Bekleidet war der Mann mit einem dunkelgrauen Kaisermantel und ebensolchem Hut. Seine Pappe (Traufschlein) lauteten auf den Namen Franz Niggdae, geb. 15. Juni 1879 zu Giesfeld in Österreich, getraut 20. Juli 1907.

**Handelsregister.** Am 17. Februar 1912 ist eingetragen: 1. bei der Firma Frieda Mohrman in Lübeck. Die Procura des A. D. A. Mohrman in Lübeck ist erloschen. Die Firma ist erloschen; 2. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma J. J. Struve in Lübeck: Die dem G.

Silberbrand in Lübeck erteilte Procura ist erloschen; 3. bei der Firma Wurgorterrasse Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck: Der Kaufmann R. Ube in Lübeck hat sein Amt als Geschäftsführer niedergelegt. Seine Vertretungsbefugnis ist beendet.

**Für die Karnevals-Redoute des Singchors des Stadttheaters** zugunsten der Wohlfahrtsvereinigungen des Allgemeinen deutschen Chorführer-Verbandes und der örtlichen Unterstufungsstufe „Galio“ macht sich, wie man uns schreibt, ein derartiges Interesse bemerkbar, daß man auf ein gut besuchtes Fest wohl rechnen darf. Der Festausschuß läßt die Mitte an die Teilnehmer des Maskenballes ergeben, möglichst in Masse erscheinen zu wollen. Ist es doch etwas ganz Besonderes, gerade von Bühnenmitgliedern einen Maskenball veranstaltet zu sehen, auf dem sich das gesamte Künstlerpersonal des Theaters, mit seinen anderen Kolleginnen und Kollegen der heiteren Muse, die zurzeit hier in Lübeck verpflichtet sind, ein Stellchen geben kann. Der große Saal wird eine ganz pomposé Dekorations erhalten, durch die der Glanz und das bunte Treiben der mannigfaltigsten Masken im Saal noch mehr ins Auge fallen wird. Verschiedene lustige Darbietungen, als Lieder zur Laute, Wachtanz und Cake Walk eine höchst originelle, von Mitgliedern des Orchesters des Vereins der Musikfreunde ausgeführte komische Orchesternummer und eine humoristische Tier-Gesangsnummer, die von Mitgliedern des Herrenchors gesungen wird, gelangen zum Vortrag. Viel Witz und Laune soll im Kabarett herrschen, wo Herr Wauls das Zepher als Conférencier schwingt und die übrigen Solomitglieder der Oper sowie des Schauspielers alle Minen springen lassen werden, um die Festsitzung noch in erhöhtem Maße anzufeuern. Ein gutbesetztes Ballorchester läßt die modernsten Schläger auf dem Gebiete des Walzers usw. erklingen, auch der Rosenkavalierwalzer wird nicht fehlen. Um den Reiz der Redoute noch ganz besonders zu erhöhen, wird im Foyer eine Tombola zur Verlosung kommen, für die von Kunstfreunden wertvolle Geschenke in Aussicht gestellt sind.

**Einen Selbstmordversuch** unternahm gestern nachmittag in der Triftstraße ein junges Mädchen, welches sich mittelst eines Revolvers in die Brust schoß. Die Schwerverletzte wurde von einem Passanten gefunden und mußte mittelst Sanitätswagens nach dem Krankenhaus gebracht werden.

**pb. Entwendete Kamnischen.** In der Nacht vom 18. zum 19. d. M. sind einem an der Schwartauer Allee wohnhaften Arbeiter drei sogenannte belgische Riesenkamnischen abhandlungsgelommen und vermutlich gestohlen worden. Das eine Tier, ein Männchen, war grau; die anderen beiden (Weibchen) waren schwarzgrau. Das linke Ohr des Männchens ist schief. Die beiden Weibchen haben hochstehende Ohren.

**pb. Wer ist der Tote?** Am 15. d. M., vormittags gegen 7 1/2 Uhr, wurde ein anscheinend betrunkener Mann, in der Schwartauer Allee auf dem Bürgersteige liegend, angetroffen und zunächst dem Maritalkrankenhaus zugeführt. Später stellte sich heraus, daß der Eingelieferte, der das Bewußtsein nicht wieder erlangte, schwer erkrankt war, und deshalb dem Allgemeinen Krankenhaus zugeführt werden mußte. Dort ist er in der Nacht vom 17. zum 18. d. M. verstorben, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Da der Verstorbene keine legitime Legitimationspapiere bei sich führte, so kann seine Persönlichkeit nicht festgestellt werden. Er ist etwa 40 bis 45 Jahre alt, 1,68 Meter groß, hat graumeliertes Haar (Glatze), rötlichen Schnurrbart, flache Stirn, blaue Augen, rundes Kinn, keines längliches Gesicht, blaße Gesichtsfarbe, schwächliche Statur, und hat eine blaue Stelle am Kehlkopf, sowie eine Narbe auf der Nase. Er war bekleidet mit schwarzem steifen Hut, einem braunfarbigen und einem grauen Jackett, geistreifter Hose und graupunktiertes Weste. Personen, welche sachdienliche Angaben zur Feststellung der Persönlichkeit des Verstorbenen machen können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden. Dort liegt eine Photographie der Leiche zur Ansicht aus.

**Neues Stadttheater.** Man schreibt uns: Mittwoch, abends 8 Uhr, kommt bei kleinen Preisen Offenbachs Operette „Orpheus in der Unterwelt“ zur Wiederholung. — Am Donnerstag, abends 8 Uhr, geht das heitere Trauerspiel „Hans Sonnenstößer's Höllenfahrt“ von Paul Adel, Musik von Friedr. Weermann, zum letzten Male in Szene. — Die Musikproben zur Opern-Novität „Eugen Onegin“ von Tchaikowsky sind nun bereits beendet und beginnen in den nächsten Tagen die Bühnenproben. Die Erstaufführung findet am 1. März statt.

**Hamburg.** Von einem Mast erschlagen. Auf dem im Kuhwärdevorhafen liegenden englischen Dampfer „Samara“ wurden am Sonnabend durch die Schauerleute des Stauers Thor Nielsen vom Deck Holzblöcke gelöst. Als nun an der Luke 2 ein Block hochgewunden wurde, brach die obere Masthälfte. Sie stürzte hinab und traf den Schauermann Johannes Heuer so unglücklich, daß ihm die Schädeldecke durchschlagen wurde und er das rechte Bein brach. Der schwergetroffene H. blieb bewußtlos liegen und wurde von seinen Kollegen nach dem Hafens Krankenhaus gebracht, wo er am Sonntag verstorben ist.

**Hamburg.** Der Streik bei der Mühlenfirma A. Oppenheimer u. Comp. in Hamburg wurde nach dreitägiger Dauer mit sehr gutem Erfolge für die Arbeiter beendet. Die Firma konnte mit den Hingebildern nichts anfangen. Dadurch kam sie wohl so bald zu der Einsicht, daß es besser ist, eine Verständigung mit dem alten erfahrenen Personal herbeizuführen. Durch Verhandlungen wurde ein für drei Jahre geltender Tarifvertrag abgeschlossen. Die Arbeitszeit wurde auf täglich 9 1/2 Stunden, ausgenommen die der Schichtarbeiter, beschränkt. An Stelle der bisherigen Stunden- resp. Schichtlöhne treten Wochenlöhne, wobei Lohnzulagen von 2 bis 5 Mk. pro Woche erfolgen. Es erhalten Müller, Handwerker und Schichtarbeiter 33 Mk., Tischler 36 Mk., Lagerarbeiter 30 Mk., junge Arbeiter unter 18 Jahren 21 bis 22 Mk. und Arbeiterinnen 17 Mk. pro Woche. Überstunden werden die ersten beiden mit je 25 Proz., die folgenden und Sonntagsarbeiten mit 50 Proz. Zuschlag pro Stunde vergütet. Arbeiten an Wochenfeiertagen werden besonders vergütet. Außerdem erhalten alle über 1 Jahr im Betriebe tätigen Arbeiter 3 bis 7 Tage Urlaub mit Lohnzahlung. Diefem Resultate haben die streikenden Arbeiter einmütig ihre Zustimmung gegeben, sie nahmen, nachdem die Hingebildern vorerst den Betrieb verlassen hatten, geschlossen die Arbeit wieder auf.

**Tschech.** Ja, die Liebe, die Liebe. Eine stumme, aber trotzdem turbulente Szene gab es bei einer Liebes- bzw. Eifersuchtskellerei zwischen Taubstummen. Bei einem taubstummen Schriftsteller, dessen Frau ebenfalls taubstumm ist, logierte seit einiger Zeit ein taubstummer Tischler, der aber nach Angabe des Mannes die Freundschaftsgrenze weit überschritt, so daß der betrogene Ehegatte Verdacht schöpfte. Als der Mann den Tischler, der mit der Frau des Freundes von einer Spaziertour heimkehrte, wegen seines Verhaltens zur Rede stellte, erhielt er obenin noch Faustschläge und Schläge mit einem Messer auf den Kopf. Schließlich wurde aber der Tischler vom Hauswirt hinausbefördert. Auf der Straße legte er dann sein Leben fort. Am andern Morgen versuchte der Galan mit der Frau durchzubrennen. Der von Eifersucht gequälte Mann kehrte noch rechtzeitig von der

Arbeit heim, um das zu verhindern, und nun gab es für ihn wieder Kesse, doch diesmal so schlimm, daß er sich von einem Beamten sorglos schließlich in der Weise für Ruhe, daß er den stummen Liebeskünstlern „Freund“ der Frau ins Gefängnis transportierte.

**Enghaven.** Militärjustiz. Am 16. Februar tagte in Enghaven das Oberkriegsgericht gegen den Minenmatrosen J. wegen tätlichen Angriffs gegen einen Vorgesetzten. Es war dies bereits die vierte Kriegsgerichtsverhandlung in der gleichen Sache. In der ersten Verhandlung war der Angeklagte wegen Ungehorsams, Widerlegung und tätlichen Angriffs zu der harten Strafe von 18 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Wegen dieses Urteils wurde Berufung eingelegt und J. erhielt vom Oberkriegsgericht 15 Monate. Die Revision wurde verworfen. Dem Verteidiger jedoch gelang es, das Wiederaufnahmeverfahren durchzusetzen, nachdem der Angeklagte vier Monate seiner Strafe verbüßt hatte. Es war nämlich gelungen, den Namen einer Zivilperson festzustellen, welche in der Nacht vom 5. zum 6. Juni 1911 den Vorfall beobachtet hatte. Auf deren Aussage hin und auf Grund sonstiger Beweisaufnahme wurde das oberkriegsgerichtliche Urteil aufgehoben und der Angeklagte nur wegen Ungehorsams und Widerlegung zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen tätlichen Angriffs wurde er freigesprochen. Hiergegen legten der Gerichtsherr und der Angeklagte Berufung ein. Ersterer, weil J. nicht wegen tätlichen Angriffs verurteilt war, und letzterer, weil ihm die verhängte Strafe zu hoch schien. In der Hauptverhandlung am 16. Februar wurde vor dem Oberkriegsgericht das Urteil des Kriegsgerichts wieder aufgehoben und der Angeklagte wiederum wegen Ungehorsams, Widerlegung und tätlichen Angriffs zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt. Sechs Wochen Untersuchungshaft wurden ihm als verbüßt angerechnet. Wie es heißt, will der Angeklagte gegen dieses Urteil wiederum Revision einlegen, weil nach seiner Meinung ein tätlicher Angriff nicht vorgelegen hat. — Ein Gegenstück. Der Artilleristenmaat K. war von demselben Kriegsgericht wegen Mißhandlung Untergebener und Körperverletzung zu 45 Tagen Gefängnis verurteilt. Hiergegen legten der Gerichtsherr und der Angeklagte Berufung ein. Das Oberkriegsgericht hob das Urteil auf und erkannte auf sechs Wochen Mittelarrest.

**Stade.** Rabenellern, die ihr Kind verhungern ließen. Unter der schweren Anklage, den Tod ihres eigenen Kindes durch Fahrlässigkeit verursacht zu haben, stehen der Arbeiter Robert Kuzmeyer und dessen Ehefrau vor der Strafkammer in Stade. Am 30. Juli v. J. zeigte die Ehefrau dem Arzt Dr. H. den Tod ihres 1 1/2-jährigen Knaben an und bat um Aufstellung eines Totenscheines. Die Totenschau ließ vermuten, daß das Kind an Unterernährung zugrunde gegangen sei. Die Section bestätigte es. Das Kind war infolge mangelhafter Pflege, Wartung und Ernährung gestorben. Die als Sachverständigen vernommenen Ärzte erklärten in ihrem Gutachten: Das Kind sei Haut und Knochen gewesen, es habe falsche und zu wenig Nahrung erhalten; es sei gesund gewesen und nicht, wie die Angeklagten sagen, an Brechdurchfall gestorben, sondern verhungert. Die Ernährung sei so schlecht gewesen, daß wäre das Kind nicht gesund zur Welt gekommen, es nicht 1 1/2 Jahre alt geboren wäre. Die durch die Staatsanwaltschaft eingeleitete Untersuchung ergab ein wahrhaft trauriges Sittensbild. Die Eheleute vernachlässigten ihr Kind in ganz unverantwortlicher Weise. Kräftige Nahrungsmittel wurden dem Wirtchen gänzlich entzogen; die kondensierte Milch schmeckte auch dem Vater gut, dagegen erhielt das Kind Mehlwasser, ein Stückchen Weißbrot, das jedoch meist auch noch trocken gegeben wurde, und vereinzelt einen oder zwei Löffel kondensierte Milch, die in kaltem Wasser aufgelöst wurde. Feste Speisen bekam es selbst mittags nicht, obgleich das Kind gierig nach Nahrung verlangte. Reinlichkeit kam den Eheleuten nicht. Das Kind lag stets in einem schmutzigen Lager. Es ist gewiß sehr traurig und eine in der wirtschaftlichen Schwäche der Arbeiter mitbegründete Tatsache, daß diese im letzten Jahre besonders unter der Teuerung und den Folgen einer Arbeitslosigkeit zu leiden hatten. Die Verständigung — wenn wir uns mit abdrücken — an seinem eigenen Fleisch und Blut aber findet auch durch eine langwierige Krankheit der Frau keine Entschuldigung. Nicht nur der kräftige, 23-jährige A., auch andere haben in Not und Elend gelebt. Viele, unendlich viele sind der Verzweiflung nahe gewesen. Die Liebe zu ihren Kindern ist aber nicht erloschen in ihrer Brust. A. kennt ebleres Gefühl nicht. Man sah während der Verhandlung sein Vachen, nicht aber sah er die Tränen seiner Frau, die, wenn auch unter einer schweren Anklage stehend, manches Herz erköhlerte bei ihrer Aussage, nur nicht das des Ehemannes. In Frau A. ist dieses Muttergefühl noch nicht erloschen. Dieses Bewußtsein mag auch die Richter bei der Abgabe ihres Spruches geleitet haben, sonst wäre wohl auf eine härtere Strafe als 3 Monate für jeden erkannt worden.

**Bremen.** Ein Zuchthausurteil gegen einen Schwachsinnigen. Das Schwurgericht Bremen verurteilte am Freitag den 23-jährigen, vielfach vorbestraften, geistig minderwertigen Arbeiter Raul wegen „Landfriedensbruchs“ zu der furchtbaren Strafe von zwei Jahren und zwei Monaten Zuchthaus. Das Verbrechen des Angeklagten bestand darin, daß er am 5. Oktober v. J., als im Verlauf eines Straßenkampfes von arbeitswilligen Brauereiarbeitern mit Steinen auf die Menge geworfen wurde, einen solchen Steinwerfer vom Wagen gerissen und verprügelt haben soll. Außerdem wurde ihm die Beschädigung einiger Bierfässer zur Last gelegt. Wie daraus ein Landfriedensbruch konstruiert werden konnte, ist dem gemeinen Menschenverstand ebenso unbegreiflich wie das obengenannte Strafmaß. Mildernde Umstände wurden dem Angeklagten, obwohl er nach Ansicht des ärztlichen Sachverständigen geistig nicht völlig gesund ist, verlag. — Und dies Urteil wurde von sogenannten „Volksrichtern“ gefällt!

## Theater und Musik.

**Zu Neuen Stadttheater** gastierte gestern abend Fräulein Schmidt als Mignon in Thomas gleichnamiger Oper auf Engagement. Die junge Künstlerin verfügt über wohlwollende, umfangreiche Stimmkräfte, die sie mit Geschmac verwendet. Guter, von warmem Empfinden beseelter Vortrag und anmutiges, wenn auch noch nicht sehr entwickeltes Spiel hinterließen einen erfreulichen Gesamteindruck. Das Engagement des Fräulein Schmidt kann somit befürwortet werden. Die Frage ist nur, für welches Fach die Dame ausersuchen ist. Sollte es sich um Erstag für Fräulein Widhalm handeln, so wäre wohl notwendig, vorher Fräulein Schmidt in einer ausgesprochen jugendlich-dramatischen Partie zu hören. P. L.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung, Verleger: E. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

„Komitee- und  
Kommissionssitzungen“

**D. T. V.**

Vorstandssitzung  
Mittwoch 8 1/2 Uhr.

Am Sonntag abend 8 Uhr  
entschlief sanft nach langem  
schweren Leiden der Schlachters-  
meister

**Wilh. Lemcke**

im 82. Lebensjahre. Tief be-  
trauert v. den Hinterbliebenen.

**August Lemcke,**

**Adolph Huth nebst Frau**

u. Kinder sow. all. Angehörigen

Die Beerdigung findet am

Donnerstag, dem 22. d. Mts.,

vormittags 11 1/4 Uhr, von der

Kapelle des Allgem. Gottes-

ackers (vor dem Burgtor) aus-

hatt. Beginn der Trauerfeier

11 Uhr.

Ein Zimmer an einen jungen

Mann zu vermieten.

**Julius Fick,**

Schwartau, Veterinärstr. 33.

Zum 1. April eine Wohnung an

einzelnes Ehepaar zu 155 Mk. zu

vermieten. Das. eine Stube mit

Küche zu verm. H. Kieselau 18.

Z. 1. April kl. Wohnung zu ver-

mieten. Preis 160 Mk.

Dankwartstraße 65, I.

Eine kleine Wohnung zu ver-

mieten an einzelne Leute. Mt. 135.

Deinrichstraße 22.

Eine Zwei-Zimmer-Wohnung

mit Zubehör zum 1. April zu ver-

mieten Schützenstraße 36.

Bel. z. 1. Juli eine kl. febl. Drei-

Stuben-Wohnung mit Stall und

Gartenland v. ruh. Leuten, a. I. v.

Hollentor, Bannow, Schützenstr. 27 b. I.

Ein guterh. Kinderwagen

zu verkaufen Glognitz. 30. III.

Eine Bettstelle mit Matratze, ein

grüner Papagei mit Bauer billig

zu verkaufen An der Mauer 156.

Unsere Abonnenten erhalten ein welt-  
berühmtes Buch für nur 25 Pfennig

pro Woche in Ele-  
menten erhellend und  
klar die hochinter-  
essanten Erlebnisse und  
Erfahrungen:

# Carl Hagenbedt Von Tieren und Menschen

Wir bieten hierdurch  
unsern Lesern den Vorteil,  
dieses wertvolle Werk mit  
134 zum Teil farbigen  
Bildern, das den Inhalt  
jeder Bibliothek, einen  
Hauschatz für die ganze  
Familie bildet, das für  
Alt und Jung interessant  
und lehrreich ist, ohne  
Verteuerung in

**Anten v. wöchentlich  
25 Pf. zu beziehen.**

Hier liegt ein Buch vor,  
wie kein zweites bisher ge-  
schrieben wurde, noch je-  
mals geschrieben werden  
kann, ein Buch, das jeder  
sich anschaffen sollte.



„Ein Volksbuch  
im besten Sinne“

Ist Carl Hagenbedts Werk  
mit Recht genannt worden.  
Es hat den ungeheuren Er-  
folg, den es erzielte, auch  
verdient. Ein Mensch er-  
zählt darin seine Erlebnisse  
u. Erfahrungen, der auf der  
ganzen Erde heimisch ist,  
dessen Interesse sich auf alle  
Arten von Tieren und  
Menschen richtet, der Welt-  
reisender, Tierzüchter und  
Kaufmann in einer Person  
ist. Und er versteht es, seine  
Erlebnisse so interessant u.  
spannend zu schildern, wie  
der beste Roman es kaum  
vermag.

Carl Hagenbedt der bloße Name läßt vor den Augen die seltsam ansehendsten  
Bilder erheben von fernem Erdteilen, deren Jagdgründe die  
Fäger und Jäger des größten Tierlieferanten der Welt durchstreifen, dem fast  
familiäre zoologische Gärten ihre Bestände verbauen. Allgem. bekannt sind die  
erstaunlichen Erfolge Hagenbedtscher Tierzucht, die Löwen, Tiger, Wären und  
andere wilden Tiere in friedlichem Beieinander zusammenhausen läßt. Carl  
Hagenbedts Reisezeichnungen sind

die interessanteste Veröffentlichung, die in den letzten  
Jahren erschienen ist.

Carl Hagenbedts Erlebnisse und Erfahrungen sind aber mehr  
als eine Reihe enorm fesselnder und unübertrefflich anschaulich ge-  
schriebener Erzählungen. Das Buch gibt vor allem den Lebensgang  
eines Mannes wieder, der aus tiefen Anfängen ein Welthaus be-  
gründet hat, und enthält eine Fülle beherzigenswerter Lebenserfahrung.  
Auch für die reife Jugend bedeutet Hagenbedts Werk ein Buch, wie es  
sich besser nicht denken läßt.

Von der ersten bis zur letzten Seite hält uns der Inhalt der oft mit zu  
hergen gehendem Humor vorgelegenen Schilderungen gefangen. Dabei ist Carl  
Hagenbedts Werk keine bloße Unterhaltungselektur, es ist ein Bildungs-  
element erster Ranges. Ein neuer „Brehm“ liegt hier vor und, seiner  
lehrhaften Form entfesselt und um die Offenbarungen eines weltumfassenden  
Geschäftsmannes bereichert.

Benutzen Sie diese einzige sich bietende Gelegenheit  
Ihre Bibliothek mit dem wertvollsten Buch des Jahres zu bereichern,  
Ihren Kindern edelste Belehrung und spannendste Unterhaltung zu  
bieten, und senden Sie nachstehenden Bestellschein an unsere Expedition.

Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co., Lübeck.**

**60000** Exemplare  
bereits verkauft

Bestellschein  
zu senden  
an die Buchhandlung **Fr. Meyer & Co.**  
Unterzeichner: **besitzt hierdurch**  
**Carl Hagenbedt, Von Tieren und Menschen**  
Bestellungs- u. Lieferungs-Nr. 25 Pf. = 0,25 Pf.  
wird einer Einzahlung für 75 Pf.  
wöchentlich u. aus Lieferung zugute.  
Name und Stand:  
Genaue Adresse:

Bitte ausschneiden!

## Lübecker Straßenbahn.

Auf der Linie 7, Geibelplatz—  
Israelsdorf, werden von heute an  
folgende Spätwagen eingelegt:

**A. Am Dienstag und Freitag:**  
Ab Geibelplatz Ab Forsthalde  
10 Uhr 37 Min. 11 Uhr 02 Min.

**B. Am Sonntag:**  
10 Uhr 37 Min. 11 Uhr 02 Min.  
11 Uhr 37 Min. 12 Uhr 02 Min.

Lübeck, den 19. Februar 1912.

Die Betriebsverwaltung.

Blauer Kasten-Kinderwagen auf  
Nickel und Gummi billig zu ver-  
kaufen Schützenstraße 56. II.

Komplettes Bett mit Bettstelle,  
Seegrasmatratze und Pfahl, alles  
fast neu, für 60 Mk. zu verkaufen  
Brolinstraße 21. vt.

Zu verkaufen ein schwarzer und  
ein weißer Zuchthahn  
Proffessstraße 31. vt.

Starkes Fahrrad, 18 Mt., zu  
verkaufen Gr. Grövelgrube 22/6.

Entlaufen ein kl. Hund in der  
Ziegelstraße, Steuerzeichen 022.  
Otto Pötsch, Moisl. Allee 180 a.

Pferdedeckung zu verk.  
Krähenstraße 29.

Zum Möbelausputzen u. Tape-  
zieren von Stuben empfiehlt sich  
**H. Zaschenbrecher, Tapezier u.**  
Dekorateur, Glandorffstraße 36.

### Erklärung.

Die über die verstorbene Frau  
**Freltag** aus Moisling behaupteten  
Tatsachen nehme ich mit dem Aus-  
druck des Bedauerns, als nicht der  
Wahrheit entsprechend, zurück.

Frau Steder Wwe., Genin.

## Für Zahnleidende!

Schmerzloses Einsetzen künstl. Zähne  
ohne Herausnahme der Wurzeln  
unter Garantie der Brauchbarkeit  
beim Essen.

Teilzahlung gestattet.  
**Marcks,** Breite Straße 56  
v. 10—1 u. 4—6 Uhr.

## Das St.-Lorenz-Beerdigungs-Institut

Telephon 2186 **Georg Behneck,** Warendorpstr. 4

übernimmt Erd- und Feuer-Bestattungen, sowie Ueber-  
führungen. Großes Lager von Särgen, Wäsche usw. usw.  
Billigste Preise.

## Die Sozialdemokratie u. die Wahlen zum deutschen Reichstag

ist jetzt erschienen und kann in unserer Buchhandlung  
abgeholt werden.

Preis 1 Mark.

**Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.**

## Textbücher

zur Vorstellung des Arbeiter-Bildungsvereins  
am Sonntag, dem 3. März:

**Was ihr wollt,** Lustspiel von W. Shakespeare,  
sind zum Preise von 20 Pfg. bei uns erhältlich.

Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.,**  
Johannisstraße 46.

## Fritz-Reuter-Kalender

Preis Mt. 1.20.

Zu beziehen durch die Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.,**

**E. Boy,** Königs-  
str. 61. F. 1811.  
Markthall. 46.  
Mittwoch früh eintrafend: See-  
tisch, Schellfische, Schollen, Kabel-  
jau, Rotzungen.

**Weine, Spirituosen u. Liköre**  
in jeder Preislage  
empfehlen

**J. H. Stooß, Engelsgrube.**

Durch größeren Absatz ist es  
mir möglich, meine

### gebrannten Kaffees

in durchaus gleichmäßiger und feins-  
schmeckender Ware zu liefern. Ich  
halte dieselben bestens empfohlen.  
**Joh. Böttcher, Reiterstraße 43.**

**Abreisenden** aufbewahrt u. nach-  
geschickt werden  
Gegenstände aller Art, als: Mobil-  
ien, Koffer etc. im Lagerhaus und  
Expeditionsgeheimt **Fischergr. 52.**

## Achtung! Deutscher Bauarbeiter-Verbd.

**Mitglieder-Versammlung**  
Mittwoch, 21. Febr.  
abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Gen. W. Bromme:  
Heinrich Heine und seine Werke.
2. Kartellbericht.
3. Innere Verbandsangelegenheiten.
4. Verschiedenes.

## Hansa-Theater

Dir.: Reinh. Gollbach.  
Fernspr. 610.  
Täglich abends 8 1/2 Uhr.

### Gastspiel Harry Walden im Brettkönig.

Vorher:  
Die glänzenden Spezialitäten.  
Vorverk. bei Sager, Zigarren-  
geschäft, Kohlmarkt, und Nie-  
meyer, Zigarrengeschäft, Breite  
Straße.

## Neues Stadttheater.

Mittwoch, 21. Februar... 8 Uhr.  
**Bei kleinen Preisen!**  
Orpheus in der Unterwelt.

Beste Operette von Offenbach  
Donnerstag, 22. Februar... 8 Uhr.  
Wall-Ab. 133. Donnerstag-Ab. 23.

### Hans Sonnenstörers Höllenfahrt.

Ein heiteres Traumpiel von Apel.  
Musik von Fr. Beerbaum.  
Zu Vorbereitung! **Ren!**  
**Eugen Onegin.**  
Oper von Tschaikowsky.

## Arbeiter-Bildungsverein Lübeck.

Vorstellung im Neuen Stadttheater  
am Sonntag, dem 3. März 1912  
nachmittags 3 Uhr.

### Was ihr wollt.

Lustspiel in 5 Akten von W. Shakespeare.

Preis der Karte 60 Pfg., inklusive Garderobe.

Die Auslosung der Plätze erfolgt am Sonnabend, dem 2. März,  
von 6 1/2 bis 9 Uhr abends im Gewerkschaftshaus, Johannisstr.

Die gelöste Karte berechtigt nicht zum Eintritt, sondern  
ist bei der Auslosung gegen Empfang der nummerierten Bilette  
zurückzugeben.

Karten sind im Gewerkschaftshaus, im Parleisekretariat,  
in der Expedition des „Lübecker Volksboten“, in den Verbands-  
bureaus und in sämtlichen Verkaufsstellen des Konsumvereins  
zu haben.  
**Der Vorstand.**

Montag, den 26. Februar 1912,

in sämtlichen Räumen der

## Stadthalle:

# Große Karnevals- Masken-Redoute

veranstaltet vom

**Singchor des Lübecker Stadttheaters,**

unter Mitwirkung des Solopersonals des  
Schauspiels und der Oper, sowie des  
Orchesters des Vereins der Musikfreunde.

Ballteilnehmer- sowie Zuschauerkarten sind zu haben bei  
**F. W. Kaibel, Otto Borchert und Emil Blöß,** Breite  
Straße, außerdem beim Stadttheate. kassierer **Wilh. Paul.**

## Wertvollstes Material zum Arbeitswilligengesetz.

Von der „Arenzeitung“ bis zum „Lokalanzeiger“ wird alle Tage das hohe Lied von der Notwendigkeit energischer Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie im besonderen gegen die freigewerkschaftliche Arbeiterbewegung und für die lieben frommen arbeitswilligen Unternehmerherrschaften a la Hinz und Kuntzen gesungen. Es sind schon hundert Dokumente, die den krassen Terrorismus der Unternehmer und Ausnahmegesetzgeber feststellen, veröffentlicht worden, heute sind wir wieder in der Lage, der Sammlung eines anreihen zu können. Es stammt aus dem Inseratenteil der „Deutschen Tageszeitung“, in der an erster Stelle fortgesetzt „Hilferufe“ der „armen unterdrückten und ausgebeuteten“ Großgrundbesitzer zum allmächtigen Prote gehören. Das auffällig gedruckte Inserat lautet also:

### Aufruf.

Die Unterzeichneten beabsichtigen, einen Verband zu dem Zwecke zu gründen, nur von Unternehmern Bauarbeiten ausführen zu lassen, die sich verpflichten, keine sozialdemokratisch organisierten Maurer, Zimmerleute und Handlanger auf ihren Bauten zu beschäftigen. Wir bitten alle Landwirte, welche, wie wir der Ansicht sind, daß es höchste Zeit ist, dem sozialdemokratischen Aberglauben und Terrorismus entgegenzutreten und zu verhindern, daß das sozialdemokratische Gift in die ländliche Arbeiterbevölkerung eindringt, sich zu einer strengen Organisation der Bauherren zu vereinigen, auch zum Schutz der noch außerhalb der sozialdemokratischen Verbände stehenden Maurer, Zimmerleute usw. Die Bereitwilligkeit zum Eintritt in solcher Organisation bitten wir an den mitunterzeichneten Landratsrat von Herzberg-Dottin zu richten.

Altheldt-Vienpriedkow, Arndt-Dubow, von Bonin-Wulffflaple, Vesper-Veyersmühle, Giehhoist-Ewaldshof, von Herzberg-Dottin, von Heydebreck-Wulterhause, von Herzberg-Hohlsch, von Kathen-Gömmel, Koch-Bezaalla, Korth-Stadthof, Reinberg-Larinen, Mühlenheim-Galenzig, Bahne-Zehlin, Karisch-Hütten, Steffen-Labenz, Schmitz-Carlshöh, Weigel-Hohenfelde, Wachter-Lanzgen, Wegner-Friedrichshof, Dr. Weis-Schönwalde, Westphal-Bewerdick, Westland-Lannberg.

Soweit das Dokument, dessen Urheber selbstverständlich in Pommerens Gefilden wohnen. Beabsichtigt ist dort also, eine Organisation mit dem ausschließlichen Zweck zu gründen, arbeitswillige und allerdings auch organisierte Maurer, Zimmerleute und Bauhilfsarbeiter verhungern zu lassen dadurch, daß ihnen jede Arbeitsmöglichkeit genommen wird. Das Koalitionsrecht ist ein gesetzlich gewährleistetes Recht, die Unterzeichner des obigen Aufrufs gründen eine Organisation zur Beseitigung dieses gesetzmäßigen Rechtes!

Die Tatsachen sind so klar, daß sicher heute schon — Freitag erschien das Inserat in der „Deutschen Tageszeitung“ — der Staatsanwalt die Klage ausarbeitet, sie muß lauten auf Behinderung des Koalitionsrechtes; es gibt in dem Aufruf keine Unklarheiten. Oder gibt es in Preußen noch Zweifler, die glauben, den vornehm-agrarischen Gesetzesverächtern würde vielleicht kein Haar gekrümmt? Die Staatsanwaltschaft wird beweisen, daß es keine preussische Klassenjustiz gibt — hm?

## Sozialdemokratische Initiativanträge im Reichstage.

Dem Reichstage ging folgende weitere Serie sozialdemokratischer Initiativanträge zu:

1. Der Reichstag wolle beschließen: zur Prüfung seiner Geschäftsordnung eine besondere Kommission einzusetzen mit dem Auftrage, dem Hause geeignete Abänderungsvorschläge zu machen.  
2. Der Reichstag wolle beschließen: die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen im Reichsvereinigungsgesetz vom 19. April 1908

1. die Anmeldepflicht für politische Versammlungen (§ 55, 6) aufgehoben wird,
2. öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel von der Genehmigung der Polizeibehörde unabhängig gemacht werden (§ 7),
3. die Vorschrift über den Gebrauch der deutschen Sprache in öffentlichen Versammlungen (§ 12) wird beseitigt,
4. das Recht der Polizeibehörde, Beauftragte in Versammlungen zu entsenden (§ 13) aufgehoben wird,
5. die Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts der jugendlichen Personen beseitigt wird (§ 17),
6. die Ausübung des Versammlungsrechts über die Polizeigrenze hinaus sichergestellt wird,
7. unter Aufhebung des § 24 Biffer 3 die Einschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts der ländlichen Arbeiter und Dienstboten durch Landesrecht beseitigt werden.

3. Der Reichstag wolle dem nachstehenden Gesetzentwurf betr. Änderung des Strafgesetzbuchs seine Zustimmung geben: (folgt ein Gesetzentwurf, der eine Reform der Bestimmungen über Hausfriedensbruch, über Beamtennötigung, Pfändentziehung, Freiheitsberaubung, Seuchensperren, über Jugendtöten, Mordraub, Betrug, Vettel, Sicherung des Depeschendienstes und über Anfertigung von Nachschlüssel anstrebt.)

4. Der Reichstag wolle beschließen: die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die zum Schutze der Arbeiter und Angestellten und zur Regelung des Arbeitsvertrages bestehenden Gesetze und Verordnungen zu einem einheitlichen Arbeiterrecht vereinigt und ausgebaut werden.

5. Der Reichstag wolle beschließen: die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach für alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen, soweit sie nicht dem Gewerbe- oder Kaufmannsgericht unterstehen, bei Streitigkeiten aus dem Arbeitsvertrag ein Arbeitsgericht zuständig ist, das im organisatorischen Aufbau den Gewerbegerichten entspricht und je nach Bedarf besondere Kammern und Abteilungen für größere Berufsgruppen enthält.

6. Der Reichstag wolle beschließen: die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Arbeitslosenversicherung durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln an die Arbeitslosenkassen der Gewerkschaften regelt.

7. Der Reichstag wolle beschließen: die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage sobald als möglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen der Arbeitsnachweis im Reiche einheitlich geregelt wird. Der Gesetzentwurf muß enthalten:

1. daß für alle Bezirke des Reichs Arbeitsnachweisstellen errichtet werden;
2. daß in größeren Orten der Arbeitsnachweis nach Industrie und Erwerbsgruppen gegliedert wird;

3. daß die Arbeitsnachweisstellen unter Leitung eines Vorstandes stehen, dessen Mitglieder in gleicher Anzahl von Arbeitern und Unternehmern auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit heimlicher Abstimmung gewählt werden;

4. daß der Arbeitsnachweis unentgeltlich ist;

5. Strafbestimmungen gegen Einrichtungen von Unternehmern, die zur Mäßregelung von Arbeitern und Angestellten dienen.

8. Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage tunlichst bald den Entwurf eines Reichsberggesetzes vorzulegen, in welchem u. a. auch die Arbeiterschutzbestimmungen und das Knappschaftskassenwesen einheitlich geregelt werden.

9. Der Reichstag wolle beschließen: Die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigt den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch welches unter Aufhebung der landesgesetzlichen Bestimmungen das Vertragsverhältnis zwischen den landwirtschaftlichen oder forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeitern und ihren Arbeitgebern, sowie das Vertragsverhältnis des Gesindes und deren Arbeitgeber durch reichsgesetzliche Vorschriften geregelt wird, welche insbesondere

1. alle landesgesetzlichen Vorschriften, welche Strafbestimmungen gegen ländliche Arbeiter oder gegen das Gesinde wegen Nichtantritt oder wegen Verlassens des Arbeitsverhältnisses oder wegen Vertragsverletzungen, Angehörigens oder Widerspenstigkeit, wegen Verabredung und Vereinnahmung zum Behuf der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittelst Einstellung der Arbeit oder wegen Aufforderung zu solchen Verabredungen, enthalten, aufheben;

2. den in Land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeitern und dem Gesinde das Recht gewährleisten, zur Wahrung und Förderung von Berufs- und Standesinteressen, namentlich zur Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittelst Einstellung der Arbeit, Vereinigungen zu bilden und Verabredungen zu treffen;

3. die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so regeln, wie es die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anrecht auf gesetzliche Gleichberechtigung fordern;

4. die Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zwischen ländlichen Arbeitern und deren Arbeitgebern sowie aus dem Gesindeverhältnis Gerichten überweisen, die nach Art und in Anlehnung an die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zu errichten sind;

5. die Anrechnung der für Pacht- oder Deputland aufgewendeten Arbeit und des Nutzwertes des Ertrages bei der Lösung des Arbeitsvertrages durch eine Entschädigung in Geldwert sicher stellen.

10. Der Reichstag wolle beschließen: die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, baldigt eine Novelle zum Hausarbeitsgesetz vorzulegen, wonach die Einführung von Lohnkommissionen geregelt wird. (Es sollen Gewerbegerichte oder Kommissionen zuständig sein, die Lohnsätze für eine bestimmte Dauer festzusetzen, und zwar dürfen diese nicht niedriger festgelegt werden, als die in Fabriken und Werkstätten für entsprechende Arbeit gezahlten Löhne. Sie sind von den Einigungsämtern bzw. den Kommissionen zu veröffentlichen und sind nach ihrer Veröffentlichung für Gewerbetreibende und Hausarbeiter der betr. Branche während der Dauer, für welche sie festgelegt sind, rechtsverbindlich.)

11. Der Reichstag wolle beschließen: die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigt einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die für die Sicherheit der Bauausführungen und zum Schutze der Arbeiter notwendigen Vorschriften durch ein Reichsgesetz einheitlich geregelt werden.

## Familie Schüler.

Originalroman von Arthur Bapp.

(24. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

So schwang er unablässig hin und her, heute sich für Grete Brinkmann begeistert, morgen bereuend, ihr aus dem Wege gehend und Erna von Voltenhagen mit allem Eifer den Hof machend.

Vielleicht hätte er sich auch schon, den anfeuernden Worten seiner Mutter nachgebend, entschlossen, sich der schneidigen Majorstochter, die ihm so sehr imponierte, zu erklären, wenn sie ihn nicht selbst durch ihr Wesen zaghaft und kleinmütig gemacht.

Erna von Voltenhagen war launenhaft und kapriziös geworden. Zuweilen war sie von einer hincinziehenden Lebenswürdigkeit und kam ihm ganz deutlich entgegen, um dann plötzlich, wenn er warm und lebhaft zu werden begann, wenn er einen sprechenden Blick, ein fähneres Wort wagte, hochmütig die Augenbrauen emporzuziehen, ihn mit einschüchternden Tönen zu messen und seine Komplimente mit spöttischen, ironischen Bemerkungen abzuwehren. Besonders in den letzten Wochen, seit Helene und Richard von ihrer Hochzeitsreise zurückgekehrt waren, machte sich dieses launische Wesen, diese Zwiespältigkeit in ihrem Verhalten gegen ihn bemerkbar.

In einem schönen Funitage veranstaltete die Kasino-Gesellschaft ein Picnic. Auf Gefährten aller Art wurde ein Ausflug nach dem Heinrichsfelder Forst unternommen; auch ein Teil der Regimentskapelle und eine ganze Anzahl von Köchen mit festem und flüssigem Proviant wurde auf Leiterwagen mitgeführt.

Im grünen Walde begann ein lustiges, zwangloses Treiben. Zuerst wurde Kaffee gekocht und gemeinsam getrunken, während muntere, heitere Reden die auf grünem Moos hergerichtete Tafel umkreisten. Dann wurden Gesellschaftsspiele gespielt, die auf die übermütige, ausgelassene Stimmung wesentlich belebend wirkten.

Bei Paul Schüler aber wollte die Heiterkeit und Festfreude nicht recht zum Durchbruch kommen. Ihn beherrschte eine ernste, unruhige, nervöse Stimmung. Seine Mutter hatte ihn darauf hingewiesen, daß sich nirgend so leicht, wie auf solch einem ländlichen Fest, eine Gelegenheit zur Erklärung bietet, und er hatte ihr recht gegeben und sich vorgenommen, noch heute das entscheidende Wort zu sprechen.

Als man der Gesellschaftsspiele überdrüssig geworden, fand eine Erholungspause statt, man lagerte sich, spielte

und trank. Aus riesigen Weinbowlen wurden die Gläser wieder und wieder gefüllt. Humoristische Toaste wurden ausgedrückt, dazwischen unter den jüngeren Herrschaften glühende Blicke getauscht und manch feck huldigendes Wort gewagt.

Da gab der Regimentsadjutant das Zeichen zum Tanz. Ein wickelnder Lammerscher Walzer lockte die Jugend; Polka und Mazurka folgten. Die jungen Leutnants rechtfertigten ihren guten Ruf als ebenso elegante wie ausdauernde Tänzer in zufriedenstellendem Maße. Die jungen Damen schmeigeln. In den Paufen lustwandelte man im Walde; manch Pärchen, das einander Wichtiges mitzuteilen haben mochte, verlor sich zwischen den Bäumen zu ernstlicher Zwiesprache.

Paul Schüler irrte suchend umher. Jedes tanzende Paar betrachtete er forschend; zwischen den an der Richtung auf welchem Moos ruhenden Paaren leckte er seine Nachforschungen fort. Seiner Schwester Helene, die mit zwei jungen Offiziersfrauen im Grase lagerte, winkte er mit den Augen.

„Du, Helene, hast Du nicht Fräulein von Voltenhagen gesehen?“

„Nein!“

„Bewundert! Ich hatte sie zu der Mazurka engagiert, und nun ist sie nirgends zu finden.“

„Sie wird es eben vergessen haben. Vielleicht ist sie bei ihren Eltern.“

Er schüttelte hastig mit dem Kopf, dann eilte er weiter. Helene folgte ihm beobachtend mit den Augen. Ein Seufzer schwellte ihre Brust.

„Arme Grete!“ dachte sie.

Sie kehrte nicht mehr zu den jungen Frauen zurück. Die einschmeichelnde Musik lockte sie. Eine plötzliche Lust, sich unter die Tanzenden zu mischen, erfaßte sie. Sie dachte an ihren ersten Kasinoabend in der vergangenen Saison, an ihren Tanz mit Runo. Wie hatte sie wieder einen so entzückenden, sie in allen Fibern und Nerven so beseeligenden Tanz getanzt. Das Herz wurde ihr weich; die Sehnsucht klopfte ihr in allen Adern.

Wo war er nur? Wo war Runo?

Wie ihr Bruder Paul es kurz zuvor getan, forschte auch sie unter den tanzenden Paaren, ging suchend an den verstreut gruppierten Paaren vorüber und verlor sich in der entgegengesetzten Richtung zwischen den Bäumen des Waldes. Es war ein heißer, schwüler Tag. Die Fichten und Tannen hielten jeden Luftzug ab und schienen, vollgefaugt mit Sonnenstrahlen, nach allen Seiten drückende Hitze ausstrahlen.

Eine Viertelstunde mochte die Suchende planlos umhergeirrt sein, als eine lähmende Müdigkeit sie besiel. Sie streckte sich matt auf dem Moos nieder, um ein paar Minuten zu ruhen und dann nach dem Festplatz zurückzukehren. Die ruhende Lage tat ihr wohl; sie verschränkte ihre Arme unter dem Kopf, dehnte sich behaglich und starrte sinnend, träumend zum blauen Firmament empor. Da störte sie plötzlich ein knisterndes Geräusch aus ihrem halbawachen Zustand. Sie richtete sich auf ihren Händen empor und spähte in die Richtung der im Reifig raschelnden Schritte. Ein helles Kleid schimmerte zwischen den Bäumen, und neben ihm wurde eine in einen hellfarbigen Anzug gekleidete, hohe, dreißigjährige Männergestalt sichtbar. Helene hätte fast einen Schrei ausgestoßen. Jetzt erkannte sie den Herankommenden, der ihr sein Profil zudrehte und eifrig auf die Frauengestalt an seiner Seite einredete, die er am Arm führte. Und jetzt erkannte sie auch die graziose weibliche Gestalt. Erna von Voltenhagen war es.

Instinktiv, ohne daß es einer Überlegung bedurfte, duckte sich die junge Frau, sich wieder der Länge nach hinstreckend, diesmal das Gesicht nach unten, sich auf die Ellenbogen stützend.

Eine beklemmende Unruhe stieg in ihr auf, ein unbestimmtes Angstgefühl, das ihr den Atem beengte und das Herz zu wilden Schlägen antrieb.

Was hatten sich die beiden hier zu sagen, fern von der Gesellschaft, im einsamen, stillen Wald?

Sie hatte die Majorstochter an der Toilette, an der Haltung des Kopfes und anderen Einzelheiten erkannt; ihr Gesicht konnte sie nicht sehen, denn sie hatte es ganz dem neben ihr Schreitenden zugekehrt.

Jetzt hielt die Mädchengestalt plötzlich ihre Schritte an und löste ihren Arm von dem des Mannes. Und jetzt konnte die in fieberhafter Spannung jede Bewegung und Miene verfolgende auch das Gesicht des jungen Mädchens sehen. Aus Ernas Mienen sprach eine leidenschaftliche Bewegung; ihre Augen flammten, ihre Rechte ballte sich, wie es schien, in zorniger Erregung.

Der Mann zuckte mit den Achseln und beugte sich zu der ihm gegenüberstehenden hinüber; seine Lippen bewegten sich, von neuem schien er eifrig auf sie einzureden. Helene spannte ihre Sinne bis zum äußersten an, aber es war ihr nicht möglich, mehr als den bloßen Schall der Worte zu vernehmen. Kein einziges klar vernehmbares Wort traf an ihr Ohr.

Da lästete Runo seinen Hut und entfernte sich mit eiligen Schritten in der Richtung des Festplatzes.

# Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 19. Februar 1912.

9. Sitzung, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Bethmann-Hollweg, Dr. Debes, Wermuth, v. Seeringen.

Auf dem Platte des Präsidenten Kämpf liegt zu Ehren seines 70. Geburtstages ein großer Fliederstrauch.

## Erste Etatberatung.

Fünfter Tag.

Gans Edler zu Butlich (R.): Die Ausführungen des Herrn v. Payer haben wieder bewiesen, wie unmöglich das Holt- und Steuerprogramm der Volkspartei ist. (Sehr richtig! rechts.) Der Reichskanzler lehnte es ab, unsere ablehnende Haltung zur Erbschaftsteuer zu verteidigen. Das haben wir nie von ihm verlangt (Sehr richtig! rechts), wohl aber konnten wir erwarten, daß die Regierung sofort die Behauptungen von dem antijohannischen Charakter der Finanzreform energisch zurückwies. (Sehr richtig! rechts.) Unsere Stellung zur Erbschaftsteuer ist durch den Grafen Westarp klar zum Ausdruck gebracht. Die Behauptung der Linken, daß in Deutschland Privilegierte herrschen, daß das Volk entrechtet ist und der Reichstag nichts zu sagen hat, ist falsch. Man sagt, die Fortschritte sind nicht erreicht wegen, sondern trotz des Systems. (Sehr richtig! links.) Ich sage: sehr falsch. Sie sehen das an unseren großen Nachbarn. Dort ist erreicht, was die Linke anstrebt und die Zustände sind schlechter. Ich erinnere an Portugal. (Lachen links.) Zweifelslos ist unser deutscher Staat durch die Sozialdemokratie bedroht, das staatliche Bewußtsein hat gelitten, die Hauptgefahr liegt nicht in den 4 1/2 Millionen Stimmen, sondern in der energischen Verfolgung der sozialdemokratischen Ziele durch die Führer. (Zustimmung rechts.) Das Wachstum der Sozialdemokratie beruht auf politischer Mißstimmung und Urteilslosigkeit weiter Kreise. Redner wendet sich in seiner weiteren Rede gegen den Abbau der Zölle und beschwört die Aufrechterhaltung der Branntweinliebesgabe im Interesse der kleinen Landwirte. (Große Heiterkeit links.) Die Ministerverantwortlichkeit und die Neueinteilung der Wahlkreise würde nur die Sozialdemokratie fördern. Um sie zu bekämpfen, müsse die Staatsautorität gestärkt werden. (Zust. rechts. Heiterk. b. d. Soz.)

Dr. Baasche (M.): Bemerkenswert an der soeben gehaltenen Rede ist, daß die konservative Partei sich niemals auf die Erbschaftsteuer einlassen will. Noch ist sie nicht eingebracht, und da klingt das doch sehr seltsam. Ich hoffe aber noch, daß, wenn es sich um große nationale Aufgaben handelt, auch bei den Konservativen der patriotische Geist erwachen wird. (Sehr gut! links.) Mit seinen Grundlagen für die Finanzwirtschaft hat der Staatssekretär vollkommen recht; ich erwarte, daß auch das Zentrum diese guten Grundsätze nicht aufgeben wird. Wir haben jetzt 4 1/2 Milliarden Schulden für nicht werdende Zwecke. (Hört, hört! links.) Für neue notwendige Ausgaben, wie die Heeresvorlage, müssen natürlich neue Mittel herbeigeschafft werden. Ich weiß nicht, ob die Rechte auch andere direkte Steuern ablehnen und den Mut haben wird, neue indirekte zu fordern. Es wird ihr schließlich nichts übrig bleiben, als ihre Stellung zur Erbschaftsteuer zu ändern. Der Reichskanzler hätte das, was er jetzt gegen die Haltung der Konservativen und des Zentrums in der Frage der Erbschaftsteuer gesagt hat, vor den Wahlen sagen und darauf hinweisen müssen, daß wir es jederzeit waren, die die Forderungen der Regierung vertraten. (Sehr richtig! links.) Da die Einzelstaaten eine Reichsvermögenssteuer ablehnen, so wird nichts übrig bleiben, als doch auf die Erbschaftsteuer zurückzugreifen. Wenn man auf Ungerechtigkeiten dieser Steuer hinweist, so sind die Verbrauchssteuern auf jeden Fall viel ungerechter. Die Opfer, die der schwarzblaue Block nach Herrn Speck bei der Finanzreform gebracht hat, sind Opfer aus anderer Leute Taschen. (Sehr gut! links.) Ich erinnere an die Zündholzsteuer. Gebühret haben wir durchaus nicht, wie der Reichskanzler behauptet hat, über die sozialdemokratischen Erfolge. Gebühret hätten wir, wenn die Sozialdemokraten auf 50 und wir auf 120 Mandate gekommen wären. (Große Heiterkeit.) Graf Westarp nennt uns die Schrittmacher der Sozialdemokratie, die Rechte aber ist es dreimal mehr. (Unruhe rechts.) Wir haben vielleicht in vier Wahlkreisen einem Sozialdemokraten zum Sieg über das Zentrum und einen Bündler verholzen, die Rechte aber hat mindestens 12 Siege in die Hände der Sozialdemokratie gespielt, und den Welsen zu 5 Siegen verholzen. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Sie haben viel mehr Dreck am Stecken als wir. (Lebh. Heiterkeit.) Wenn wir rotärs sind, dann sind sie dunkelrot angestrichen. (Heiterkeit links.) Die Konservativen sind nicht die alten geblieben; sie haben sich jetzt ganz in den Dienst des Zentrums gestellt. Das Zentrum hat den Bund der Landwirte knurrend unterstützt, und dieser, eine rein materialistische

Partei, hat sich als christlich ausgespielt. Mein blinderlicher Gegenanbidat im Wahlkampf sagte: „Ich glaube an den allmächtigen Gott und seinen eingeborenen Sohn; das ist mein politisches Glaubensbekenntnis.“ (Hört, hört und stürmische Heiterkeit links.) Eine solche Vermengung von Politik und Religion muß jedem anständigen Menschen zum Geel werden. (Lebhafte Zustimmung links.) Einige Worte zur Präsidentenwahl. Daß der Reichskanzler diese Wahl kritisiert hat, wollen wir ihm nicht verzeihen, denn auch wir kritisieren manchmal recht scharf, wenn Minister ernannt werden. Aber er ist mit seiner Kritik ein bißchen zu weit gegangen, wenn er es so darstellte, als ob diejenigen, die Herrn Scheidemann gewählt haben, das in vollständiger Kenntnis seiner Worte gegen die Hohenzollern und als Antwort auf die maßvolle Rede getan haben. Ich glaube, recht viele hier im Saale, auch der Reichskanzler, haben an diese Worte nicht mehr gedacht und vielleicht auch die Sozialdemokratie nicht, als sie Herrn Scheidemann präsentierten. Jedenfalls haben diejenigen, die für Herrn Scheidemann stimmten, ganz gewiß diese Worte nicht verteidigen wollen. Man wirft uns aber ja auch vor, daß wir überhaupt die Wahl eines Sozialdemokraten im Präsidium unterstützt haben. Aber auch das Zentrum war bereit, für den sozialdemokratischen Vizepräsidenten zu stimmen, wenn er sich bereit erklärt hätte, zu Hofe zu gehen. Nur weil die Erklärung des Herrn Bebel (Jenen zum Zentrum) nicht vollständig genügte, hat man Herrn Spahn „freiwillig“ niedergelegt. (Heiterkeit.) Wie war denn die Erklärung des Herrn Bebel? Die Sozialdemokraten haben ausdrücklich erklärt, alle staatsrechtlichen Pflichten, die dem Präsidenten obliegen, zu erfüllen; sollte in Abwesenheit des Präsidenten die Notwendigkeit an den sozialdemokratischen Vizepräsidenten herantreten, hiesige Pflichten zu erfüllen, nämlich das Kaiserhoch auszubringen, so würde er sich dieser Pflicht nicht entziehen. (Hört, hört! Unruhe b. d. Soz.) Damit, daß man, wie Herr Brandt, sagt, die Sozialdemokraten existieren für uns nicht, sie stehen außerhalb der Verfassung, ist die Sozialdemokratie nicht außerhalb dieses Hauses gestellt (Sehr gut! links), sondern sie bleibt die stärkste Fraktion im Hause. Es ist doch nicht das erstemal, daß ein Sozialdemokrat z. B. Vorsitzender einer Kommission ist. Da präsidiert er in dem großen Saal, neben ihm sitzen die Bundesratsvertreter und kommen zu ihm und bitten um Wort. (Sehr richtig! und Heiterkeit links.) Es ist durchaus berechtigt, wenn 110 Abgeordnete der sozialdemokratischen Fraktion angehören, daß man sie dazu heranzieht, die Listen und Plakate der Geschäftsführung zu übernehmen. Schon im Interesse eine geordneten geordneten Fortführung der Arbeiten. (Zuruf rechts: Warum sind Sie denn zurückgetreten?) Weil wir lieber mit Ihnen zusammenhängen wollten, als ausschließlich mit der Linken. (Heiterkeit.) Den Besuch des englischen Kriegsministers betrachten wir mit gemischten Gefühlen. Daß uns Albion Wohlthaten anbietet und Frankreich uns anläßt ohne Hintergedanken, daran glaube ich nach den Enthüllungen über die Kriegsbereitschaft der englischen Flotte und die Spionage nicht. Wir sollten uns von allen Sentimentalitäten freihalten und für die Erhaltung unserer Wehr zu Wasser und zu Lande alles tun, was notwendig ist. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) Wegen unserer Forderung, daß die Rechte das Streben nach parlamentarischen Regimen vor. Was haben wir in Bayern jetzt anderes als ein parlamentarisches Regiment? (Sehr gut! links.) Uns wirft man einen Ruck nach links vor, aber unsere Politik wird nur dann zum Ziele führen können, wenn sie in der Tat in gewisser Beziehung einen Ruck nach links durchmacht. (Sehr richtig! links.) Die Forderung des lächerlichen Zolltarifs, die Verheißung einer berechtigten Wahlreform in Preußen, die Mißgriffe der bürokratischen Willkürherrschaft erregen ständig die Unzufriedenheit des Volks. Darum rücken Sie ein klein wenig nach links und helfen Sie die Unzufriedenheit beseitigen, dann werden Sie den Umsturz wirksam bekämpfen (Lebhafter Beifall b. d. Nat. und Freis. Zwischen rechts.)

Gothein (Vpt.): Eine bessere Verständigung mit England würden wir mit großer Freude begrüßen. Die Darstellung des Schatzsekretärs von unserer Finanzgeschichte war einseitig. Auf die Ursachen der Mehrausgaben und Schulden ist er nicht eingegangen, ebensowenig auf die Vergehung der Einnahmen zu Geschenken an Interessenten. Dazu gehören die Exportprämien für Zucker, etwa 2 1/2 Milliarden Mk. im ganzen (Hört, hört! b. d. Vpt.) und die Branntweinliebesgabe. Zu einer gesunden Finanzpolitik und zur Abstoßung seiner Schulden ist England gekommen, als es die Schutzzölle abschaffte. Die Finanzreform hat keineswegs das gebracht, was man von ihr erwartet hat. Wenn wir zu neuen Steuern kommen sollten, so muß es eine allgemeine Besitzsteuer sein, und ist diese nicht nötig für die neuen Ausgaben, für Meer und Flotte, so verlangen wir sie als Ersatz für andere unsoziale Steuern. Unsere Stichwahlparole mußte sich gegen den schwarzblauen Block richten, weil er sich schuldig vor das Portemonnaie der Besitzenden gestellt hatte. (Sehr richtig! bei der Vpt.) Daß die Stichwahlen

unmoralisch sind, darin stimmen wir dem Reichskanzler durchaus zu, möge er doch die Hand dazu bieten, sie abzuschaffen. Der Reichskanzler meint, der Revisionismus bedeute gar nichts, das Gegenteil erblickt schon aus dem Umstand, daß neben dem Abgeordneten Ledebour zwei ausgesprochene Revisionisten, die Abgeordneten Frank und Dr. David, zu Fraktionsrednern der Sozialdemokratie bestimmt wurden. (Zuruf bei den Soz.: Frank statt Scheidemann!) Nun, Herr Scheidemann ist doch auch noch nicht gerade Herr Ledebour. (Heiterkeit.) Im Gegenfah zum Abgeordneten Baasche erkläre ich: den Reichskanzler geht es gar nichts an, welches Präsidium der Reichstag sich bildet. Das ist eine Mischung in unsere inneren Verhältnisse. (Lebhafte Zustimmung links.) Der Reichskanzler wendet sich auch gegen das Streben nach Ministerverantwortlichkeit als eine Erweiterung der parlamentarischen Macht. Dabei bedingt das parlamentarische System nicht einmal eine Verfassungsänderung, sondern nur eine andere Übung. Es weckt auch bei den Parteien ein größeres Verantwortlichkeitsgefühl, da sie selbst jeden Augenblick in die Lage kommen können, die Regierung zu übernehmen und zu zeigen, was sie praktisch können. Die Sozialdemokratie lebt nicht von ihren Zielen, sondern von unserer Verteuerungspolitik und von der Verfolgung und Entrechtungs politik. (Beih. Zust. b. d. Freis.)

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg: Ich habe mich nicht in die Geschäfte des Reichstags gemischt, sondern lediglich die Haltung der liberalen Fraktionen bei dieser Gelegenheit zum Beweise dafür angeführt, daß die liberalen Parteien sich nach links entwickelt haben. Das ist keine Anmaßung. Nach der Rede des Abg. Ledebour sollte es doch wohl auch Herrn Gothein fraglich sein, ob der Sieg der Revisionisten über die Radikalen sich so schnell vollziehen wird, wie er eben meinte. Über die Erbschaftsteuer sollte man jetzt doch noch nicht sprechen, wo Vorlagen der Regierung noch garnicht eingebracht sind. — Herr Baasche meinte, ich sei den Bemerkungen für die Linksentwicklung der Nationalliberalen schuldig geblieben. Nun, die Jungliberalen haben sich doch zusammengesetzt um die Partei weiter nach links zu treiben und haben sogar Gnade vor den Augen des „Berliner Tageblatts“ gefunden. (Heiterkeit.) Ich nehme aber eine bessere Belehrung gerne an und nehme heute schon dankbar Akt von der Erklärung des Abg. Baasche, daß seine Partei nicht daran denke, weiter nach links zu gehen. (Große Heiterkeit.) Ich habe das ohne jede Spur von Ironie gesagt, ich hoffe, daß die Zeit wiederkehrt, wo trotz aller Gegenläufe zwischen konservativ und liberal sich die Parteien nicht mehr auseinander entwickeln.

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen. Bebel (SD.): Herr Baasche hat ausgeführt, ich hätte bei den Verhandlungen meiner Freunde mit den Liberalen bezüglich der Präsidentenwahl geäußert, der von uns gestellte Präsident sei eventuell bereit das Kaiserhoch auszubringen. Das ist ein Irrtum. (Hört, hört! rechts.) Wir haben ausdrücklich erklärt, die hiesigen Verpflichtungen erkennen wir nicht an, sind aber bereit, alle staatsrechtlichen Verpflichtungen zu übernehmen, und damit erklärten sich die nationalliberalen Herren einverstanden. (Hört, hört! rechts.) Bei den Verhandlungen mit dem Zentrum erklärten wir daselbe, worauf Freiherr v. Hertling meinte, unter diesen Umständen würden sie einem Sozialdemokraten ihre Stimme nicht geben können. Auf die Frage nach dem Kaiserhoch antwortete ich Herr v. Hertling, darüber haben wir in der Fraktion nicht gesprochen, doch ist es m. E. selbstverständlich, daß wir den alten Standpunkt innehalten. Am 9. Februar konnte also kein Mitglied dieses Hauses über unsere Intentionen irgendwie im dunkeln sein. (Hört, hört! rechts.)

Dr. Baasche (M.): Herr Schiffer hat uns ausdrücklich erklärt, es sei festgestellt worden, die Sozialdemokraten seien damit einverstanden, daß ein sozialdemokratischer Vizepräsident im Falle der Behinderung des Präsidenten das Kaiserhoch ausbringe. Herr Schiffer wird sich ja mit Herrn Bebel darüber auseinandersetzen haben.

Bebel (SD.): Eine solche Erklärung ist nicht abzugeben.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Etatberatung.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

## Aus der Partei.

Eine konservative Lüge über sozialdemokratischen Terrorismus. Im sächsischen Wahlkreise Delitzsch-Bitterfeld sehen die Konservativen es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben an, die Sozialdemokratie zu verleumden. Das Rezept ist höchst einfach. Jemandem kleiner belangloser Zwischenfall wird zunächst verdreht, dann auf-

Die Zurückbleibende aber schlug ihre beiden Hände vor das Gesicht, und Helene glaubte ein kurzes, halb ersticktes Aufschluchzen zu hören. Und nun warf Erna von Volkenhagen einen überden Blick um sich, so daß die junge Frau sich mit instinktiver Bewegung nach tiefer in das Gras niederdrückte. Dann reckte sich das junge Mädchen straff; ein energischer, trotziger Zug umspielte ihre Mundwinkel und langsam, anscheinend behaglich dahinschlendernd, setzte sie ihren Weg fort.

Helene lag eine Weile wie betäubt. Sie strich sich über Stirn und Augen und blinnte dann wirt um sich. Hatte sie das alles nur geträumt, von der Hitze übermäßig, im kurzen Schlummer liegend? Aber nein — da zwischen den Lärmen schimmerte das helle Kleid der Davongehenden.

Sie packte mit beiden Händen ihre Stirn. Was hatte diese Szene, deren heimliche Beobachterin sie ohne ihren Willen geworden, zu bedeuten? Sie zermarterte sich verzgebens den Kopf über diese Frage, die für sie unlösbar schien. Gandelte es sich um eine verabschiedete Zusammenkunft oder hatte nur der Zufall die beiden zusammengeführt? Und was war es gewesen, das sie beide in eine so leidenschaftliche Bewegung verlegt hatte? Was hatte er ihr so beredt, so eindringlich zu sagen gehabt? Und warum hatte sie so schmerzhaft erröthen dagestanden, als er sich von ihr entfernte hatte?

Helene war nicht imstande, klar zu denken — alles in ihr war im Aufruhr. Von brennendem Schmerz ergriffen wrinke sie ihr Weh in ihre beiden Hände, allein, im einsamen, kühlen Walde.

Als sie einigermaßen ihre äußerliche Ruhe wiedererlangt hatte, machte sie sich auf den Weg. Auf dem Langpfeß wogen die Beate langsam durcheinander. Sie erblickte ihren Bruder Paul von weitem, wie er, glückselig, Erna von Volkenhagen im Range schwang.

Auch ihren Gatten erblickte sie; er lag in einem Kreise von Herren, die ein eifriges Gespräch führten und dabei der Beate freudig zusprachen. Er erblickte sie und grüßte freundlich mit Kopf und Hand. Sie nickte und ging

schnell weiter und ließ sich bei ihrer Mutter nieder, die sie erschreckt ansah und sich besorgt erkundigte, ob ihr nicht wohl sei.

Sie schüttelte Kopfweh vor, bedeckte ihr Gesicht mit dem Taschentuch und brütete unablässig über die Frage, die ihr das Blut vergiftete, die ein verzehrendes Feuer in ihr entzündet hatte.

Als der Tanz vorüber war, bot Paul Schöler seiner Dame den Arm und promenierte mit ihr. Er hatte sich Mut getrunken und nun wagte er die kühnsten Komplimente. Erna von Volkenhagen schien rosigter Laune. Sie wehrte ihn nicht, wie schon so oft, mit kühler Miene und ironischen Worten ab, sondern lächelte geschmeichelt und sah ihn mit ihren blühenden dunkeln Augen herausfordernd an. Er hatte sie nie so berückend, so faszinierend gefunden, wie heute.

„Jetzt oder nie!“ dachte er und wollte seine Schritte tiefer in den Wald lenken. Da vertrat ihm einer der jüngeren Kameraden den Weg.

Pardon! Fräulein von Volkenhagen hatte die Gnade, mir diese Polka zuzusagen. — Darf ich bitten, gnädiges Fräulein?

Paul Schöler sandte dem Kameraden eine Verwünschung nach, die dieser zum Glück nicht hörte. Während des weiteren Verlaufes des Fettes fand sich keine Gelegenheit mehr, ein ungehörtes Wort mit Erna von Volkenhagen zu sprechen. Oder wich sie ihm aus, ahnte sie sein Vorhaben, und wollte sie sich einer Erklärung entziehen?

Paul Schöler war über diese Frage noch nicht mit sich ins reine gekommen, als das Signal zum Aufbruch gegeben wurde. Schon senten sich die Schatten des Abends über Wald und Feld. Paul Schöler sah sich ein Herz und näherte sich Erna von Volkenhagen, die eben, von einem Offizier unterstützt, ihren Mantel anlegte.

„Darf ich Ihnen einen Platz in meinem Dogcart anbieten, gnädiges Fräulein?“

Die Gefragte begann sich einem lauten Moment. Dann antwortete sie kopfnickend mit launigen Blick:

„Mit Dank angenommen, unter einer Bedingung.“ Dem Leutnant packte das Herz vor Spannung. „Und die wäre, gnädiges Fräulein?“

Erna von Volkenhagen lächelte. „Sie müssen verzeihen — ich traue Ihrer Kutschfertigkeit nicht recht. Sie fahren Ihren Dogcart erst seit einigen Wochen. Wollen Sie mir überlassen, Ihr Gefährt zu steuern?“

Der überraschte machte ein verblüfftes Gesicht. Das hatte er nicht erwartet. Er fühlte sich in seinem Selbstgefühl und seiner Männlichkeit verletzt.

„Aber — gnädiges Fräulein“, stammelte er unentschlossen. „Da sagte sie in toletem, neckischen Ton: „Wo meine Begleitung scheint Ihnen unangenehm, wenn ich die Zügel führe?“

Das Blut schob ihm heiß ins Gesicht, sein Herz klopfte hoch auf.

„Nein, nein, gnädiges Fräulein!“ erwiderte er rasch. „Mit Wonne vertraue ich mich Ihrer Führung an.“

Die Herrschaften bestiegen die an der Waldliere haltenden Wagen, Gefährte aller Art, von eleganten Landauer bis herab zur altväterischen Karosse und zum primitiven Leiterwagen. Man verteilte sich, wie der Zufall oder schnelle Verabredung es fügte. Helene fuhr mit Kuno und ihrer Mutter in der Schölerschen Equipage. Mit dem Dogcart war Paul auf Betreiben seiner Mutter von seinem Vater zum Geburtstag aufs freudigste überrascht worden. Und wenn er auch ein eigenes Pferd noch nicht besaß, er hatte sich seiner in der kurzen Zeit des Besites schon häufig genug bedient, den nötigen Gaul dazu aus dem väterlichen Stall oder von einem Fuhrherrn entleihend.

Paul Schöler befand sich in freudiger Stimmung. Der Weinenuß, die ganze Stimmung des Fettes, die Nähe der interessanten, faszinierenden jungen Dame, mit der er Schulter an Schulter auf dem schmalen, kleinen Gefährt saß — alles das erzeugte einen rauschhaften Zustand in ihm.

(Fortsetzung folgt.)

gebaut, und der Terrorismus ist fertig. So lernten das „Weltliche Tagblatt“ und die „Halle'sche Zeitung“ ihren Lesern vor einigen Tagen eine ganz ungläubliche Schauer- geschichte. In R. M. M. L. H. sollen nachts gegen 12 Uhr die als eifrig sozialdemokratische Agitatoren bekannten Maurer Geithner und Schröder, von Delitsch kommend, den Arbeiter Krause zu zwingen versucht haben, der sozialdemokra- tischen Partei beizutreten. Es wurden ihm heftige Vorwürfe gemacht, daß seine Ehefrau an der Kaiser- geburtsfeier des Landwehrvereins teilgenommen habe, und als sich Krause dies verbat, wurde er von Geithner am Halse gemüht, zur Gaitstube hinausgeführt und im Hausflur mit einem Holzpantoffel verartig am Kopfe be- arbeitet, daß er sich infolge der erlittenen Verletzungen in ärztliche Behandlung begeben mußte. Mit „sittlicher Ent- rüstung“ schreibt der Einsender am Schluß: „Die Frech- heit der „Genossen“ geht nunmehr doch wirk- lich zu weit, und es ist hohe Zeit, daß den Herren ent- lich einmal klar gemacht wird, wie sie sich in unserm Kultur- staate zu bewegen haben. Im vorliegenden Falle muß man sich auch fragen, wie es möglich ist, daß der Wirt in seinem Lokale derartige Ausfälle von übermächtigen Genossen duldet und aus welchem Grunde er nicht einschreitet und einen harmlosen Gast gegen derartige Rohlinge nicht in Schutz nimmt?“ Unser Partei- blatt in Halle deckt den Schwindel auf. Nach den Er- mittelungen des „Volksblattes“ sind die beiden Maurer am Abend des Stichwahltages gegen 11 Uhr in der Friedrischen Schankwirtschaft eingelehrt. Dort trafen sie den Krause an, der sich über den Verlauf des Abends in Delitsch erkundigte. Als ihm erwidert wurde, daß die Siegesfeier aufs schönste verlaufen sei, meinte er, daß er lieber auch mit nach Delitsch gefahren wäre. Darauf machte G. den R. auf seine Inkonsistenz aufmerksam, da der Parteiinitiale sei, sich über den Wahltag der Sozialdemokratie freuen und andererseits wieder die Kriegervereine unterstützen. Krause ist bereits über ein Jahr Mitglied der sozialdemokratischen Partei, Geithner hatte demnach ein Recht, ihm die inkonsequente Handlungs- weise vorzuhalten. Damit fällt aber auch die Lüge in sich zusammen, daß R. gezwungen werden sollte, der sozialdemo- kratischen Partei beizutreten. Bei der folgenden Kämperei war auch R. der Anführer, und nicht der „sozialdemokratische Agitator“. — Die edlen konservativen Organe haben also gekünstelt. Die Zurückweisung wird sie allerdings nicht ab- halten, bei nächster Gelegenheit neue Märlein über die ihnen so verhaßte Sozialdemokratie in die Welt hinauszuschleusen.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hielt am Montagabend eine Sitzung ab. Der Vorliegende Webel stellte mit, daß er namens der Fraktion dem Reichstags- Kameppf zu dessen 70. Geburtstag einen Glückwunsch über- mittelt habe. Die Fraktion bestimmte als Haupttreiber für den Etat des Reichsamt des Innern die Genossen W u m und Schmidt-Berlin. Weiter beschloß die Fraktion, einen Antrag einzubringen, der eine Aufhebung der Gehälter der Unterbeamten infolge der Teuerung verlangt, ferner eine Neuorganisation der Einleitung der Orte in Servicestellen.

Zentrumsregierung vor Gericht. In dem Prozeß gegen den Landtagsabg. Genossen Nuer in München er- kannte das Gericht auf 1 Monat Gefängnis. Wie kommen auf diesen Prozeß noch zurück.

### Die Bauunternehmer rüsten weiter.

Seit Beendigung der Ausperrung im Jahre 1910 sind die Bauunternehmer unablässig bemüht, ihre Macht in jeder Weise zu stärken. Das erste war, daß sie mit den ausländischen Unternehmerorganisationen Kartellverträge ab- schlossen, soweit sie nicht schon vor und während der Aus- perrung solche abgeschlossen hatten. Dabei erregte es scheinbar einiges Aufsehen, daß der so außerordentlich „nationalgeistig“ Deutsche Arbeitgeberbund für das Bau- gewerbe mit den französischen Bauunternehmern einen Ver- trag abschließen wollte, in dem der Passus vorkam, wenn in Deutschland ein allgemeiner Streik oder eine General- ausperrung ausbräche, so müßten alle in dem „Freundes- land“ Frankreich arbeitenden deutschen Arbeiter sofort ent- lassen werden. Nachdem diese Kartellverträge abgeschlossen waren, erhöhte der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe auf seiner Nürnberger Generalversammlung nicht nur die ordentlichen Mitgliedsbeiträge ganz wesent- lich, sondern beschloß außerdem noch die Ansammlung eines besonderen Kriegsfonds von einer Million Mark, um im Jahre 1913 den Arbeiterorganisationen finanziell völlig ge- rüstet entgegenzutreten zu können. Die Beiträge zu diesem Kriegsfonds werden nicht nur von den Mitgliedern des Ar- beitgeberbundes erhoben, sondern durch Repräsentanten auch von den vom Bunde abhängigen Baumaterialienhändlern, Feinwerkfabriken usw. eingetrieben. Man beschloß einfach, Materialien nur von den Fabriken und Händlern zu beziehen, die sich verpflichten, an die Kriegskasse des Bundes für je 1000 Mk. verkauften Ware 3 Mk. zu entrichten. Ein Teil der Baumaterialienhändler sträubt sich zwar gegen dieses Vorgehen noch mit Händen und Füßen; aber der drohende wirtschaftliche Ruin macht sie mit der Zeit alle gefügig.

Noch ehe diese Maßnahmen zur finanziellen Stärkung der Unternehmermacht durchgeführt wurden, suchte der Bund einige kleinere Unternehmerorganisationen an sich heranzu- ziehen, um bei zukünftigen Arbeitskämpfen eine noch breitere Grundlage zu schaffen. Die erste Organisation, die sich dem Arbeitgeberbund völlig anschloß, war der bis dahin völlig selbständige Deutsche Bauverein. Außer ihm hat sich der Verband der Tiefbauunternehmer mit dem Anschluß befaßt und vorläufig einen Kartellvertrag mit dem Bunde abge- schlossen, der für die Zukunft die Grundlage zu einem ein- heitlichen Handeln geben soll. Auch den Verband der Bau- materialienhändler suchte der Bund zum Anschluß an ihn zu zwingen; doch stellt sich dieser wegen des sonderbaren Vor- gehens des Bundes gegen die Händler vorläufig noch hoch- behändig. Lange wird sicherlich auch er sich gegen die Zu- münungen des Bundes nicht mehr sträuben. — Liegen schon alle diese Aktionen des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe keinen Zweifel darüber aufkommen, daß diese Organisation ihre alten Bergewaltigungspläne gegen die Arbeiter nicht aufgegeben hat, so zeigt das, was in der letzten Zeit über die Pläne dieser und der anderen baugewerb- lichen Unternehmerorganisationen bekannt geworden ist, erst recht, daß man sich im Unternehmerlager auf Kämpfe von gewaltiger Größe vorbereitet. Es wird nämlich bekannt, daß am 10. Dezember 1911 in Berlin eine geheime Zusam- menkunft der Führer fast aller baugewerblichen Unterneh- merverbände besprochen und beschlossen wurde. Und zwar soll der Zusammenschluß vorläufig in Form einer Kartellierung vor sich gehen, bis die Schaffung einer einheitlichen Organi- sation möglich ist. Auf der Zusammenkunft vertreten und ihr Einverständnis mit dem Zusammenschluß erklärt haben die Leitungen folgender Verbände: Arbeitgeberbund für das Baugewerbe; Verband selbständiger Bildhauer, Statuarer und Stüler; Zentralverband der Statuarer, Stüler und Berg- wärter Deutschlands; St. Kartellverein; Rheinisch-westfälischer Baugewerbetreibendenverband; St. Düsseldorf; Arbeitgeberverband

für das Steinfeher- und Pfasterergewerbe; Verband für das Lötfer- und Ofenfehergewerbe; Verband der Dachdecker- meister; die Arbeitgeberverbände im Malergewerbe; Ver- band selbständiger Installateure und Klempner und Arbeit- geberverband für das Blattengewerbe, St. Leipzig. Außer- dem sollen noch Vertreter einiger ausländischer Unternehmer- verbände anwesend gewesen sein. Nach längerer, streng ge- heimter Beratung wurde eine Resolution angenommen, in der die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Unter- nehmerverbände des Baugewerbes hervorgehoben wird. Beschlossen wurde ferner, in Zukunft eine einheitliche Tarifpolitik zu treiben und die Kämpfe gegen die Arbeiter gemeinsam zu führen. Um dieses Ziel zu erreichen, soll für alle Tarifverträge, die in diesem Jahre abgeschlossen werden, als Ablauftermin der 31. März 1913 gewählt werden, an welchem Tage bekanntlich auch alle mit dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe abgeschlossenen Verträge ablaufen.

Das Ziel der baugewerblichen Unternehmer aller Art ist also, in den Kämpfen der Zukunft die ganze baugewerbliche Arbeiterschaft einschließlich der Arbeiter aller Nebengewerbe auf einen Schlag aufs Pfaster zu setzen. An Stelle der Hunderttausende sollen in Zukunft Millionen von Arbeitern ausgeperrt und ausgehungert werden. Die baugewerblichen Arbeiter werden nicht verfehlen, aus diesen Plänen der Bauharmfäher die Konsequenzen zu ziehen. Sie werden von jetzt an noch eifriger an der Stärkung ihrer Organi- sation und ihrer Finanzen arbeiten, als sie das bisher schon getan haben!

### Gewerkschaftsbewegung.

Die Folgen einer Ausperrung. Im deutschen Lithographie- und Steindruckergewerbe ruhte die Arbeit kürzlich länger als ein Vierteljahr. Die Ursache war das Ausperrungsbedürfnis der Unternehmerorganisation, das dann zu einem allgemeinen Abwehrstreik führte. Die Unkosten eines solchen Kriesenkampfes, der Tausende von Ar- beitern zwingt, monatelang die Hände in den Schoß zu legen, werden auf der Gehilfenliste immer genau bis auf den letzten Pfennig festgestellt. Was die Ausperrungswut den Unternehmern kostet, davon erfährt die Öffentlichkeit zumeist nichts. Die Abrechnung eines großen Betriebes der Lithographie und Steindruckbranche, der Albrecht u. Meister A. G., Berlin-Reinickendorf, gibt davon jetzt aber doch einen kleinen Überblick. Nach der Bilanzzusammenfassung im „Reichsanzeiger“ buchte die Gesell- schaft für 1911 einen Verlust von rund einer halben Million Mark. Er ist in erster Linie auf das Bruchliegen des ganzen Unternehmens zurückzuführen. Weiter wirkte aber auch die starke amerikanische Einfuhrzollerhöhung auf deutsche lithographische Produkte mit, die von der Albrecht u. Meister A. G. viel geliefert werden. Das Unter- nehmen konnte für das neue Jahr nur dadurch wieder flott gemacht werden, daß die Großaktionäre weit über eine Million Mark zu Sanierungszwecken zur Verfügung stellten. Auch die Darmstädter Bank, die dem Unternehmen sehr nahe steht, wird mit unangenehmen Gefühlen an die Ausperrung der Unternehmer im Lithographiegewerbe zu- rückdenken.

Eine Aktion der Gelben. Die Zentrale der gelben Wertvereine in Essen ist gegenwärtig in der Ausführung einer umfangreichen Werbearbeit für die gelbe Sache be- griffen. Sie verleiht an Zehntausende von Arbeitern im gesamten Industriegebiet von Bielefeld bis Köln durch die Post das berühmte gelbe Organ „Der Werkverein“, der in seinen Spalten nur den ärgsten Reichsverbandsrat ab- lagert und erst kürzlich wegen gemeiner Verleumdung eines Eisener Genossen gerichtlich bestraft worden ist. Nach dem Unfange der Agitation gerechnet, kommt der Späß an Druck- kosten, Portoausgaben usw. auf mindestens 500 000 Mk. zu stehen, welche Summe in der Hauptsache von Krupp bezahlt wird. Er wird wissen, warum. Das Adressenmaterial ist von den Fabrikanten der einzelnen Orte geliefert worden, die auch die gelbe Wohltat der Arbeiterzerpflückerung geneigen wollen. Namentlich Hagen, Duisburg und Düsseldorf wer- den aufs intensivste bearbeitet. Unsere Genossen werden da- für sorgen, daß die 100 000 Mk. für Züchtung der Gelben weggeworfen sind.

Achtung Amateurphotographen! Die Arbeiter der Kettel-Camerawerke in Sontheim bei Heilbronn sind Mitte Dezember v. J. in ganz rücksichtsloser Weise ausge- perrt worden. Gesäß an vollwertigen Arbeitern hat die Firma nicht, wohl aber ist es ihr gelungen, eine Anzahl der- jenigen Elemente zu erhalten, die gleichwertig sind mit denen, die „Firmen a la Witwe Müller, Kapmarek u. a. liefern. Welche „Qualitätsarbeit“ solche Hausreißer liefern, dürfte uns schwer zu erraten sein. Auf diesen Zustand möchten wir alle Genossen, die Amateurphotographen sind, aufmerksam machen. Die Kettel-Camerawerke machen mit ihren Zenge- nissen äußerst starke Reklame und nicht wenige Genossen dürften es sein, die Produkte dieser Firma seither verwendet haben. Alle diese mögen beachten, daß die seither eingearbei- teten Kräfte nicht mehr in der Firma sind und die von ihr gelieferten Waren von Arbeitswilligen angefertigt werden, von denen erst abzuwarten ist, ob ihre Arbeit ebenso voll- wertig ist, die ihre Lust, anständigen Arbeitern, die um ihre Rechte kämpfen, in den Rücken zu fallen.

Ein Gewerkschaftshaus in München. Die Vorarbeiten zu dem Bau der Gewerkschaften, der an der Reichsallee in einer Frontlänge von über 50 Metern stehen wird, sind nun so weit gefördert worden, daß in den nächsten Tagen mit der Bauausführung begonnen werden kann. Diese wurde der Firma Tiedergesell u. Lehmann übertragen. Das Haus soll bis Oktober bezogen werden. Den Plänen nach zu schließen wird das gewaltige Gebäude auch nach außen hin die Kraft und Leistungsfähigkeit der Münchener Gewerkschaftsbewegung repräsentieren. Dem Unternehmen ist in jeder Hinsicht nur ein glückliches Gelingen zu wünschen.

### Der russische Galgen in Persien.

Es vergeht kaum ein Tag, da der Telegraph nicht neue Nachrichten über Hinrichtungen und Exekutionen in der russischen „Einflußsphäre“ Persiens bringt. Seit etwa zwei Monaten haufen die russischen „Strafexpeditionen“ — ob- gleich Rußland keinen Krieg gegen Persien führt — in den nördlichen Provinzen und fahnden auf alle, die etwa wegen ihrer rassenfeindlichen Gesinnung als verdächtig ersehen. Mit Stolz verkündet der Korrespondent der „Nowoje Wremja“, die früher so hochmütige Bevölkerung von Täbris habe sich nun von der kriegerischen Macht Rußlands ge- beugt. Das Organ der Kriegsheer und Säbeltrahler feiert den Sieg über das wehrlose Persien; es offenbart aber auch in blutrünstiger Verzücktheit, mit welchen barbarischen Mitteln die „kriegerische Macht“ Rußlands die Perser vor- läufig auf die Knie gezwungen hat. Ein anderer Korre- spondent der „Nowoje Wremja“ schildert mit sachkundiger Ausführlichkeit die ersten Hinrichtungen in Täbris, denen der oberste geistliche Würdenträger Siket-ul-Islam und noch einige angesehenen Bürger zum Opfer fielen. Diese Schilderung verdient festgehalten zu werden — als Musterbeispiel

der russischen Hunnenherrschaft in Persien, als Deckmantel der unaussprechlichen Schmach, die die Regierung Nikolaus II vor der ganzen Welt auf sich geladen hat.

Der erste Gang — so heißt es in dem genannten Be- richt — war besonders ergiebig. . . . Mit Ausnahme eines einzigen, der wegen Mangels an Beweisen freigesprochen wurde, wurden alle zum Tode durch den Strang verurteilt. Danach wurden die Verurteilten nach Sarbas-Ghane ge- bracht, wo der Galgen hergerichtet war. Der Vorshende des Kriegsgerichts verlas zum zweiten Male das vom Chef des Detachements besichtigte Urteil. Das Anblick einiger Ver- urteilter wurde dunkler, sie hatten offenbar bis zum letzten Augenblicke auf Begnadigung gehofft. . . .

Weiter schildert der Korrespondent mit schmahendem Behagen die Einzelheiten des vom russischen Kriegsgerichte sanktionierten Massenmordes: Während die Vorbereitungen zur Hinrichtung getroffen werden, stehen die Verurteilten in der Nähe des Galgens; sie befinden sich offenbar unter einer Art Hypnose, das Hirn arbeitet nicht mehr, die Gegenwart erscheint wie in einem Nebel. Einer von ihnen, wie es scheint Siket-ul-Islam (der Vorshende des höchsten Gerichtshofes in Täbris, D. Reb.) beginnt mechanisch Gebete zu murmeln; er bricht aber plötzlich ab und wendet sich mit Blicken an die Henker. Siket-ul-Islam (der oberste geistliche Würden- träger in Täbris) bewegt sich wie ein Automat auf demselben Fleck. Endlich wird den Henkern gestattet ans Werk zu gehen. Als erster ist der Scheich Selm an der Reihe. Zwei Henker stürzen sich voll Wut auf ihren früheren Gebieter; sie werfen ihn zu Boden, legen ihm eine Schlinge um den Hals und ziehen sie zu, indem sie sich mit den Bei- nen gegen die Brust des Scheichs stemmen. Eine Minute — und der frühere Inspirator der Bewegung baumelt in der Luft. Die Schlinge — begeistert sich der Kor- respondent des offiziellen Blattes — ist offenbar von sachtun- diger Hand angelegt worden; nach zwei — drei Minuten verläßt die Seele des Scheichs seinen sterblichen Körper.

Weiter folgen zwei Brüder, Sibals. Die übrigen haben offenbar ihren Mut verloren, sie sinken nieder und beghnen zu beten; die Lippen flüstern zusammenhanglos die Namen des Propheten und des Jmams, die Augen starren sinnlos in die Ferne. Die Reihe kommt an Siket-ul-Islam; er wendet sich an den nächststehenden Henker und spricht: „Aber- gib der Volkversammlung in meinem Namen. . . .“ Aber die Hand des hinter ihm stehenden Soldaten schließt ihm den Mund, und er verstummt.

Unter den Henkern entsteht schließlich Streit. Einer von ihnen hat sich entfernt, um zu rauchen, und die anderen wollen nicht ohne ihn an Siket-ul-Islams Hinrichtung schreiben. Endlich ist aber alles zu Ende.

Es hieße den Wert dieser offiziellen Schilderung verrin- gern, wollte man auch nur ein Wort daran knüpfen. Im Widerspruch zu allen lügnerrischen Dementis und schönfär- berischen Berichten der Regierung, veraußt sich das einfluß- reichste Organ der Bureaucratie an den Blutthaten, die die russischen Truppen in Persien verüben. Ebenso begeisterte es sich vor einem Jahrzehnt für das Blutbad, das russische Offiziere unter Tausenden von wehrlosen Chinesen in Blagoweschtsensk anrichteten. Die Chinesen haben diese Blut- schuld zum Teil bereits im russisch-japanischen Kriege ge- gliehen. Auch das persische Volk wird das Blutregiment, das die Russen unter der stillschweigenden Zustimmung der europäischen „Kulturstaaten“ in Persien etabliert haben, nicht ungehört lassen. Die russischen Machthaber haben dort dieselbe blutige Saat ausgestreut wie in ihrem eigenen Lande, und können sicher sein, daß sie dadurch ihren Unter- gang nur beschleunigen.

### Soziales.

Vom mittelalterlichen Gehindrecht. Die schlimmste Fessel für die Landarbeiter und das Gesinde ist in Preußen das Gesetz vom 24. April 1854. Hiernach werden Land- arbeiter und Diensthöten bestraft, wenn sie sich Ungehorsam oder Widerspenstigkeit gegen die Befehle der Herrschaft oder der Aufsichtspersonen zuschulden kommen lassen, oder wenn sie ohne gesetzliche Ursache den Dienst verlassen oder zer- lassen, und schließlich noch, wenn sie sich zur Einstellung der Arbeit verabreden. Auf Antrag des Dienstherrn oder Guts- besizers erfolgt ohne Ausnahme prompt die Zustellung des Strafmandats durch den Amtsvorsteher, der oft antragstiel- lender Dienstherr und Amtsvorsteher in einer Person ist. Bei Antrag auf gerichtliche Entscheidung, der bei der Ge- setzeskenntnis der Landarbeiter übrigens selten genug gestellt wird, bestätigt das angerufene Schöffengericht in der Regel die Strafe. Umso angenehmer hebt sich eine Ausnahme von der Regel ab, weshalb sie als Ausfluß einer vernünftigen Anschauung eines ostelbischen Gerichts hier Platz finden soll. Der Gutsbesitzer Schwenke in Neumühlshof bei Tempel- burg in Pommern hatte gegen eine seiner Gutskammern Strafantrag gestellt, weil sie im Herbst v. J. an einigen Tagen ihren Dienst „ohne gesetzliche Ursache verlag“ habe. Prompt erfolgte natürlich der Strafbefehl. Das zur Entscheidung angerufene Schöffengericht in Tempelburg kam dieser Tage aber zu einem anderen Urteil. Es erachtete, daß die Frau sich nicht strafbar gemacht habe, als sie an den fraglichen Tagen nicht zu der ihr gesetzlich obliegenden Arbeit kam. „Denn sie war gesetzlich auch verpflichtet, ihre drei Kinder zu beschäftigen, zumal dann, wenn bereits gezeugt wurde. Deshalb während ihrer Abwesenheit irgend ein Unglück, so hätte sie aber ihr Ehemann dafür verantwortlich gemacht werden können, falls irgend welche sonstige Aussicht für die Kinder, wie festgelegt, nicht vorhanden war. Sie hatte so- mit einen gesetzlichen Grund, die Arbeit zu verlagern. Zu- mindest konnte sie sich für berechtigt zur Verlagerung halten. Deshalb mußte Freisprechung erfolgen.“ So selbstverständ- lich das Urteil, so widersinnig ist der Zustand, daß heute wegen einer solchen Arbeitsverlagerung noch eine Strafe über Arbeiter verhängt werden kann.

### Aus dem Gerichtssaal.

Aufreizende Justiz. Ein herrliches Bild unserer gött- lichen Weltordnung entrollte eine Verhandlung vor dem Schöffengericht in Breslau. Angeklagt war eine auf beiden Augen vollständig erblindete Frau wegen Bettelns. Gelegentlich der Margareten- tags-Verteiler in Breslau ließ sich die Angeklagte durch einen Schulknaben auf die Kaiser-Wilhelm-Straße führen und nahm an einem Hause Aufstellung. Vorübergehende Passanten blieben stehen und gaben der Armen aus Mit- leid ein Almosen, das dankbar angenommen wurde, was aber das Mißfallen einer Frau Geheimrat Schüler, der Leiterin der Breslauer Zentrale für Jugendfürsorge, erregte. Auf ihre persönliche An- regung mußte ein Schuhmann die blinde, bedauernswerte Frau wegen Bettelns zur Anzeigebringen. Bei der Verhandlung wurde nun aus den Akten festgestellt, daß die Armut seit fünf Jahren auf beiden Augen voll- ständig erblindet ist und daß sie sich vor dieser Zeit durch Striden ehrlich durchs Leben geschlagen hat. Auf Befehl des Vorsitzenden trat die vornehme Frau Geheimratin auf. Als die Angeklagte während der Beweisaufnahme

